liarden, die die arbeitslosen Proleten heute fressen, könnte man Tanks herstellen, oder, weil die Dinger veraltet sind, Giftgas.

Um ganz loyal zu bleiben, müssen wir wohl anerkennen, daß die „Vorwärts"redaktion die Kilfersöhne nur sinnbildlich auffaßt. Sie meint Gewerkschaftsbeamte und Parteisekretäre.

In der Tat hat der Kapitalismus noch immer so etwas wie einen humanitären Zug, was ihn hindert, seine Profitinteressen richtig wahrzunehmen. Würde er seine Beamtenstäbe von den Ministerien bis zu den Polizeiwachen ausschließlich mit Sozialdemokraten besetzen, dann würden die Proleten sehr bald zu Paaren in die Tretmühle getrieben werden. Faschismus, Bolschewismus, Militarismus sind nur schwache Abbilder des Sozialdemokratismus.

Aus der Wirtschaft

Leistungssteigerung und Lohnabbau

Im Ruhrbergbau.
Im Einverständnis der Gewerkschaften.

Die sozialdemokratische und die Gewerkschaftspresse druckt einen Artikel „Rationalisierung im Ruhrbergbau" nach, der vom SPD. (Soz. Presse-Dienst) versandt wurde. Die Leistungssteigerung, die Verbilligung der Arbeitskraft, die Profitsteigerung und die Reduzierung der Belegschaften sind so enorm, daß sie alle früheren Vorausahnungen weit übertreffen.

Im Jahre 1913 bertrug die Leistung der Untertagearbeiter 1161 Kilo je Kopf und Schicht. Im September 1930 aber war die Leistung auf 1725 Kilo gestiegen. Das ist eine Leistungssteigerung von rund 75 Prozent! Diese Steigerung allein beträgt schon viel mehr als die Steigerung des Reallohnes. Schon durch diese Leistungssteigerung und die damit verbundene Verbilligung der Förderung hat dem Ruhrkapital immense Profite gebracht.

Die Steigerung des Profits im schwindelnden Ausmaß liegt aber auf einem anderen Gebiet, nämlich auf dem des Belegschaftsabbaues. Im Jahre 1913 waren im Ruhrbergbau 426000 Mann beschäftigt. Ende September betrug die Belegschaftsziffer nur noch 303000 Mann. Das bedeutet einen Abbau von 123000 Mann oder 27 Prozent. Für diese Arbeiter wird der Lohn gespart. Diese geringere Arbeiterziffer fördert heute mehr als die größere 1913. Schließlich sind seit 1913 die Kohlenpreise fast verdoppelt.

Das ist ein Geschäft!

Das Zechenkapital hat Riesenprofite eingeheimst. Ungeheure Summen sind in die Betriebe in Gestalt von höherer Technik investiert. Sie kommen dem Kapital für die Zukunft zugute und sind eine weitere Geißel für die Arbeiter. Die Zahl der Direktoren und höheren Angestellten hat sich gegen 1913 vervielfacht. Sie bekommen im einzelnen vielfach höhere Gehälter als vor dem Kriege.

Dazu jetzt Lohnabbau!

In der Tat, das Zechenkapital muß die Arbeiter als komplette Trottel einschätzen und die Gewerkschaften als seine besten Stützen.

Aber als hundertprozentige Idioten muß die sozialdemokratische und die Gewerkschaftspresse ihre Arbeiterleser einschätzen, wenn sie ihnen diese Ziffern in großer Aufmachung in einem sehr langen Artikel vorzusetzen wagt, ohne einen Sturm gegen Gewerkschaften und Sozialdemokratie zu befürchten.

Fragen sich die Arbeiter nicht: wozu Gewerkschaften, wofür zahlen wir unsere Beiträge, warum wählen wir Sozialdemokraten? Fragen sich die Arbeiter überhaupt etwas? Denken sie noch über ihre Lage nach?

Beim Abbau der Berliner Metallarbeiterlöhne haben Sozialdemokratie und Gewerkschaften klipp und klar nachgewiesen, daß dies der Anfang sei. Daß dem Berliner Lohnabbau notwendig der Lohnabbau im ganzen Reiche und für alle Arbeiterkategorien folgen müsse. Trotzdem hat man die Berliner Metallarbeiter zur Probe streiken lassen, um ihnen eine kleine Schlappe beizubringen. Trotzdem hat man sie in die Betriebe getrieben, ohne den Versuch zu machen, ihnen durch Stillegung von Kraft und Verkehr im ganzen Reiche Solidarität zu gewähren. Trotzdem hat man den Lohnabbau seit Monaten für Hunderttausende von Arbeitern als etwas selbstverständliches hingenommen. Ebenso werden die Bergarbeiter verraten werden. Der Verrat ist längst beschlossene Sache.

Merken die Arbeiter nicht, daß der Lohnabbau zwischen Gewerkschaften und Kapital schon vor langer Zeit vereinbart wurde? Nirgends ist der Versuch gemacht worden, kämpfende Arbeiter durch Tatsolidarität zu unterstützen. Man läßt die bürgerlichen Gerichte entscheiden, wo ein Kapitalsvertreter immer den Ausschlag gibt. Wozu Gewerkschaft, wenn sie nicht mal die Kourage aufbringen, dem bürgerlichen Gericht den Rücken zu steifen?

Die Ruhrarbeiter sind bei Befolgung der Gewerkschaftsparolen ebenso geschlagen worden, wie die Berliner Metallarbeiter, wie alle die Hunderttausenden von Arbeitern vor ihnen.

Die Ruhrarbeiter werden das Kapital mit einem Ruck in die Knie zwingen, wenn es ihnen gelingt, sich Tatsolidarität zu verschaffen, z. B. durch Stillegung des gesamten deutschen Bergbaues, des gesamten Verkehrs und aller Kraftzentralen. Dann werden auch die Auslandsgewerkschaften beim besten Streikbruchwillen auf ihren Kohlen sitzen bleiben. Wollen die Gewerkschaften dies nicht, dann ist das der Beweis, daß sie die Niederlage der Arbeiter wollen. Dann müssen sich die Arbeiter eben Organisationen schaffen, in denen sie selbst bestimmen. Das können nur Betriebsorganisationen sein.

Nachklänge zur Bewegung der Ruhrkumpels

Schon seit Wochen hatte die RGO. mit vielem Geschrei den Streik der 300000 Ruhrkumpels angekündigt. Auf einer Schachtdelegiertenkonferenz, welche einige Wochen vor Ausbruch des Streiks stattfand, wurden schon über 100 Schachtanlagen streikreif gemeldet und täglich kamen nach Angabe des „Ruhrechos", des Organs der KPD. Ruhrgebiet, noch einige dazu. So mußte es einem oberflächlichen Beobachter scheinen, daß eine gewaltige Streikbewegung der Bergproleten vor der Tür stände. Die sozialfaschistischen Gewerkschaften bemühten sich zwar bis zum letzten Augenblick, die Ruhrkumpels friedlich zu verschachern, aber diese Bemühungen scheiterten an der Hartnäckigkeit der Grubenbarone. Die Herren „Arbeitervertreter" erklärten sich freilich mit einer Lohnkürzung von 4 Prozent einverstanden, und zwar mit der Begründung: „Die finanzielle Lage des Ruhrbergbaues verlange durchaus keinen Lohnabbau, aber um in dieser schweren Zeit den Wirtschaftsfrieden nicht zu stören, wären die Gewerkschaften bereit, dieses Opfer zu bringen." Der Zechenverband erklärte jedoch, daß er mit weniger als 8 Prozent nicht auskommen könne, und alle Verhandlungen verliefen ergebnislos. Am 31. 12. wurde auf allen Zechen die Kündigung zum 15. Dezember ausgesprochen, mit der Maßgabe, daß jeder, der mit einer Lohnkürzung, welche noch bekanntgegeben würde, einverstanden sei, weiterarbeiten könnte.

Daraufhin erfolge dann am 2. Januar ganz überraschend die Aktion der RGO. Nur dieser Ueberraschung war es zu verdanken, daß die Bewegung überhaupt einen nennenswerten Umfang annahm, so kläglich derselbe auch gegenüber dem wochen langen Fanfarengeschmetter der RGO. war. Bezeichnend für die Stimmung unter den Kumpels ist es, daß die ganze Aktion von außen eingeleitet werden mußte. Fast überall, wo es zu nennenswerten Ausständen kam, waren die Erwerbslosen dazu übergegangen, die Zechentore zu besetzen und die Bergleute an der Einfahrt zu hindern. Selbstverständlich soll hier nicht bedauert werden, daß hierbei der eine oder andere der gewerkschaftsfrommen Kumpels eine gehörige Tracht Prügel erhalten hat, aber sehr bald zeigte sich die Schattenseite eines solchen Streiks. Fast überall, wo die Ordnungsbestien des „kleinen Metallarbeiters" eingriffen, ging die Zahl der Streikenden schnell zurück. Am zweiten Tage wurde auf etwa 40 Schachtanlagen von insgesamt 200 des Ruhrgebietes gestreikt. Zieht man dazu noch in Betracht, daß alles nur Teilstreiks waren, bei denen nur eine ganz verschwindende Anzahl Schachtanlagen eine Beteiligung von über 50 Prozent der Belegschaft aufweisen konnten, so ist die Harmlosigkeit der ganzen Bewegung klar ersichtlich. Am Sonntag, den 4. Januar, tagte in Bochum eine Streikkonferenz der RGO., auf welcher natürlich die weitere Ausdehnung des Streiks beschlossen wurde. Auf dieser Konferenz erklärte Saefkow, der Oberbonze der RGO. Ruhrgebiet, ganz offen, daß der Streik den Zweck habe, einen roten Bergarbeiterverband zu gründen. Was der ganzen Sachlage nach vorauszusehen war, trat dann auch am Montag, den 5. Januar, ein; der Streik brach zusammen. Das war nämlich ein kritischer Tag. Wer an diesem, also dem dritten Tage nicht zur Arbeit erschien, konnte laut Arbeitsordnung des Ruhrbergbaues fristlos entlassen werden. Trotzdem ein jedes Kind ersehen konnte, daß die Bewegung erledigt war, und die RGO. selbst schon verschiedentlich örtlich abbremste, posaunte das „Ruhrecho" in die Welt: „Die Streikfront steht!" Ueber tausend Bergleute wurden fristlos entlassen und der Streik war entgültig erledigt.

Und was taten die Gewerkschaften bei der ganzen Bewegung? Sie hetzten die Polizei zur Gewaltanwendung auf und gaben die Parole aus, sich nötigenfalls mit Gewalt den Weg zur Arbeitsstelle zu erzwingen. Die einzige Antwort, welche sie auf die Generalkündigung fanden, war die, keine verschlechterten Arbeitsbedingungen zu unterschreiben. Sie hofften darauf, daß sich bis zum 15. Januar schon ein Weg finden würde, den Ruhrkumpels den Lohnraub zu diktieren. Und ihre Hoffnung hat sich erfüllt. Ein Schiedsspruch ist gefällt, der ab 1. Januar eine Lohnkürzung von 6 Prozent vorsieht. Es lag klar auf der Hand, daß derselbe schnellstens für verbindlich erklärt wird. Auf einer Revierkonferenz des BAV. am Sonntag, den 11. Januar, wurde zwar dieser Schiedsspruch abgelehnt, aber das ist ja nur Theater. Der Referent, Bonze Martmöller, gab schon zu verstehen, daß der Schiedsspruch für verbindlich erklärt würde. Er erklärte dann, daß die wirtschaftliche Lage sehr ungünstig für einen Streik wäre, und es auch sehr bedenklich sei, gegen einen für verbindlich erklärten Schiedsspruch anzukämpfen. Darum müsse der Kampf auf einen günstigeren Zeitpunkt verschoben werden. Alles in allem kann man sagen, daß der Lohnraub an den Ruhrkumpels vollzogen ist. Zwar hat die RGO. erneut zum Streik aufgerufen, aber niemand folgt dieser Parole.

Wenn die ganze Bewegung überhaupt einen Zweck für den Befreiungskampf des Proletariats haben soll, so kann es nur der sein, für die Zukunft daraus zu lernen. Die Gewerkschaften haben wieder einmal ganz offen und klar ihr Einverständnis mit der immer brutaleren Niederdrückung des Proletariats gezeigt. Ihr einziger Zweck ist es, dieses mörderische System solange als irgend möglich zu erhalten. Immer größere Massen des Proletariats werden dies auch zwangsnotwendig einsehen. Aber da, wo die Proleten beginnen, sich von der gewerkschaftlichen Ideologie zu befreien, tritt die RGO. auf den Plan. Und hier gilt es klar zu erkennen, daß die RGO. nur geschaffen wurde, um die gegen die Gewerkschaftspolitik der KPD. rebellierenden Proleten bei der Stange zu halten. Daß dies kein grundsätzlicher Bruch mit den gewerkschaftlichen Methoden sein soll, hat ja schon der Berliner Metallarbeiterkampf gezeigt, wo die RGO. schon den Versuch machte, die Metallproleten zu verschachern. Der beste Beweis für das Festhalten an der Idee der Berufsgewerkschaften war ja die Gründung des roten Metallarbeiterverbandes. Dasselbe ist jetzt hier im Ruhrgebiet geschehen. Auf einer Schachtdelegiertenkonferenz am 11. Januar ist ein Wechselbalg, genannt roter Bergarbeiterverband, aus der Taufe gehoben worden. Im „Ruhrecho" heißt es wörtlich: „Wir werden die alten Kampftraditionen der Gewerkschaften hochhalten." Und an anderer Stelle: „In den kommenden Streiks werden wir uns das Recht als Tarifkontrahenten erkämpfen." Dies zeigt jedem, der klar sehen will, daß die RGO. — denn die roten Verbände sind doch Fleisch von ihrem Fleisch —, nach dem Zustand, der sie in die Lage versetzt, die Proleten zu verschachern, genau so große Sehnsucht empfindet, wie eine alte Jungfer nach dem heiligen Stand der Ehe. Um die Taktik der RGO. richtig beurteilen zu können, darf man auch keine Kirchturmspitzenpolitik treiben. Es gibt doch zu denken, daß die RGO. gerade an dem Zeitpunkt, wo der Ruhrstreik vollkommen zusammengebrochen war, in Oberschlesien eine Aktion einleitete. Sollten hier nicht tiefere Gründe vorliegen? Ist das nicht die erprobte gewerkschaftliche Taktik, die Kämpfe der Proleten bezirksweise abzuwürgen? Aber es ist ja klar, wenn man sich die Tariffähigkeit gegenüber der Kapitalistenklasse erwerben will, so muß man auch beweisen, daß man die Fähigkeit besitzt, für die Erhaltung ihrer Gesellschaftsordnung zu wirken.

Um nicht in eine neue Auflage gewerkschaftlichen Verrats zu schliddern, gilt es klar zu erkennen, was ist. Die sich immer noch verschärfende Krise des kapitalistischen Systems bringt naturnotwendig mit sich eine immer brutalere Ausbeutung der Arbeiterklasse. Ein Lohnraub wird den anderen jagen, und solange die Proleten sich nicht freimachen von den Fesseln gewerkschaftlicher Ideologie, werden sie jeden Lohnraub schlucken müssen. Darum gilt es nicht neue Berufsverbände zu schaffen, wenn sie sich auch das Wörtchen „rot" anhängen, der Name ändert nichts an der Sache. Auf der Tagesordnung steht: „Die Organisierung des Proletariats als Klasse in den Betrieben und auf den Stempelstellen, und die Zusammenfssung dieser Organisation zur Allg. Arb.-Union." Dann ist die Grundlinie gegeben zum Kampf gegen den Lohnraub. Aber nicht, indem sich die Proleten mit illusionären Forderungen besoffen machen und berufsweise in immer tieferes Elend torkeln, sondern indem sie sich als Antwort auf den Lohnraub als Klasse erheben zum Sturz des ganzen kapitalistischen Systems. Es kann heute nur eine Losung geben: Generalstreik auf der ganzen Linie! Besetzung der Betriebe! Bewaffneter Aufstand! Eroberung der politischen Gewalt! Alle Macht den revolutionären Räten!

Von der großen Mode

Chronik des Lohnabbaues.

Für das **Berliner Möbeltransportgewerbe** hat der Schlichtungsausschuß einen Schiedspruch gefällt, nach dem die Löhne sämtlicher Arbeiter **in drei Etappen um etwa 10½ Prozent abgebaut** werden sollen und zwar für die Kutscher und ständigen Arbeiter ab 1. Januar von 66 Mark auf 63 Mark, ab 15. März auf 61 Mark und schließlich ab 15. Mai auf 59 Mark. Die unständigen Arbeiter sollen in den gleichen Tagen die Löhne in gleichem prozentualen Verhältnis gekürzt werden. Das Lohnabkommen soll bis zum 30. September 1931 gelten.

*

Die **Fuhrherreninnung hatte das Lohnabkommen für das Schwer- und Leichtfuhrgewerbe** zum 31. Dezember gekündigt und einen Lohnabbau gefordert, der für einzelne Gruppen teilweise bis **zu 42,8 Prozent** betragen sollte. Da die direkten Verhandlungen ergebnislos verliefen, rief die Fuhrherreninnung den Schlichtungsausschuß an, der zum 14. Januar Verhandlungen anberaumt hatte.

Ohne den Ausgang dieser Verhandlungen abzuwarten, hatte ein Teil der Unternehmer bereits einen Abzug vorgenomen, der **8—10 Mark** in der Woche betrug. Erst als die Unternehmer auf Widerstand stießen, erklärten sich die Unternehmer bereit, bis zu den Verhandlungen zu warten.

*

Für die **sächsische Metallindustrie** hatte der sächsische Schlichter einen Spruch gefällt, wonach für die Zeitlohnarbeiter ein Lohnabbau von 4 Prozent und für die Akkordarbeiter ein Abbau von 5 Prozent vonstatten gehen soll. Die Arbeiter haben diesen Schiedsspruch angenommen, während die Unternehmer bei einer Verbindlichkeitserklärung mit der Aussperrung der Arbeiter drohen. Also dieser Abbau ist ihnen noch zu wenig. Diese Drohung der sächsischen Metallindustriellen zeigt, wie das Kapital auf die bürgerliche Legalität pfeift.

*

Im **Berliner Einzelhandel** ist durch Schiedsspruch eine Gehaltskürzung ab 1. März von 2 bis 3 Prozent und ab 1. Mai eine weitere Kürzung, insgesamt bis zu 5 Prozent festgelegt worden. Erklärungsfrist der Parteien 17. Januar.

*

Für die **sächsischen Gemeindearbeiter** wurde folgender Schiedsspruch gefällt: Mit Wirkung vom 1. Februar 1931 ab werden die zur Zeit bestehenden Tariflöhne um je 6 Prozent gekürzt.

Die Lohnkürzung darf nicht durchgeführt werden bei Arbeitern, deren Wochenarbeitszeit weniger als 40 Stunden beträgt. Diese Regelung kann mit zweimonatiger Kündigungsfrist erstmalig am 30. September 1931 gekündigt werden.

*

Die **Schuhindustriellen** schlagen dem Faß den Boden aus. Sie verlangen einen Lohnabbau von nicht weniger als **40 Prozent**. Vor allem sollen die Löhne der weiblichen Arbeiter gekürzt werden.

*

Nach den Ruhrkumpels haben auch die **oberschlesischen Kumpels** ihren Schiedsspruch bekommen. Unter Vorsitz des Schlichters Prof. Dr. Brahn wurde ein Schiedsspruch gefällt, nach dem für den **oberschlesischen Steinkohlen- und Erzbergbau** die Löhne mit Wirkung vom 1. Januar 1931 um 6 Prozent herabgesetzt werden. Die Laufzeit geht bis 31. Juli 1931. Gleichzeitig wurde der Manteltarif und das **Arbeitszeitabkommen** verlängert.

*

Der Schiedsspruch für den **sächsischen Steinkohlenbergbau**, der eine Senkung der Tariflöhne um 6 Prozent vorsieht, hat der Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt.

*

Ueber die für die **badische Metallindustrie** gefällten Schiedssprüche, die für die Bezirke Mannheim-Ludwigshafen und Frankenthal eine Senkung der Akkordlöhne um **6,5 Prozent** und der Zeitlöhne um **6 Prozent** bei gelernten und angelernten und **5 Prozent** bei ungelernten Arbeitern, für die Bezirke Freiburg und Seekreis algemein von **5 Prozent** vorsehen, wurde nachverhandelt. Die Schiedssprüche waren von den Unternehmern abgelehnt, von den Arbeitern mit Ausnahme Mannheim-Ludwigshafen angenommen worden. Nach längeren Beratungen wurden die Schiedssprüche für verbindlich erklärt.

*

Neunstundentag bleibt bei der Reichsbahn.

In den Differenzen zwischen den Eisenbahngewerkschaften und der Reichsbahn hat nun ebenfalls die Schlichtungspeitsche zwischen geschlagen.

Unter dem Vorsitz des bekannten Dr. Völker ist nun auch hier ein Schiedsspruch zustande gekommen. Es bleibt allgemein bei dem **Neunstundentag**. Nur für einen kleinen Teil, den Arbeitern der Reparaturwerkstätten, wird der Achtstundentag eingeführt. Für die Arbeiter, Güterböden mit mehr als 25 Mann Belegschaft, wird zwar scheinbar der Achtstundentag eingeführt; sie müssen aber auf Verlangen Sonntags arbeiten, so daß unter Umständen eine Arbeitszeit von **56 Stunden die Woche** herauskommt. Und diese Sonntagsarbeit gilt nicht als Ueberarbeit, das heißt, es wird für sie ein Zuschlag nicht gezahlt.

Der „Vorwärts" ist ob diesem Verständnis für die Reichsbahn aus dem Häuschen. Die Eisenbahnergewerkschaften haben diesen Spruch abgelehnt, die Reichsbahn angenommen. Dieselbe hat die Verbindlichkeitserklärung beantragt, und der „Vorwärts" appelliert an das „gute Herz" des Reichsarbeitsministers, daß er bloß nicht diesem Spruch seine Sanktion gibt.

4,4 Millionen Erwerbslose

Zunahme in der zweiten Dezemberhälfte um 380000.

Das sprunghafte Steigen der Erwerbslosigkeit hält weiter an. Unsere Voraussage, daß am Ende des Jahres 4 bis 4,5 Millionen Arbeitslose sein werden, ist prompt eingetroffen.

Der Bericht der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung sieht in der Zeit vom 16. bis 31. Dezember 1930 eine Zunahme von 380000 Personen vor, auf

4347000.

Ende Dezember 1929 wurde eine Zahl von rund 2851000 Arbeitslosen erreicht. Die Ueberlagerung gegenüber dem vorigen Jahre beträgt also rund 1,5 Millionen. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger betrug in der Arbeitslosenversicherung 2155000, in der Krisenfürsorge 667000. Netto eine Million Arbeitslose erhalten überhaupt keine Unterstützung.

4,4 Millionen Arbeitslose an der Jahreswende. Man dürfte auf den kommenden Halbmonatsbericht der Reichsanstalt gespannt sein.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: W. Tietz, Berlin. Druck: Druckerei für Arbeiter-Literatur, W. Iszdonat, Berlin O 17.

12. Jahrg. Nr. 4 Preis 15 Pf.

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die „Buchhandlung für Arbeiter-Literatur", Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13. Telefon: Oberbaum F 8 7832.

Berlin, 24. Januar 1931

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7. Nr. 828 42. Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13.

Bei Bezug unter Streifband vierteljährlich 2,50 Mark incl. Porto. Bei Bestellung durch die Post vierteljährlich 2,18 und monatlich 0,88 Mk. Erscheint wöchentlich einmal. Inserate werden nicht aufgenommen.

Verstärkter Imperialismus —

Die Parole des Kapitals als „Ausweg" aus der Krise

Das deutsche Kapital sucht den wachsenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten und der damit im engsten Zusammenhang stehenden Verschärfung der Klassengegensätze durch eine verstärkte Aktivität der deutschen Außenpolitik zu begegnen. Der Vorstoß erfolgt gleichzeitig in drei verschiedenen Richtungen, die durch die Schlagworte: Revision des Youngplanes, Revision der Ostgrenzen und Kampfbündnis mit Italien und Rußland gegen das französische Kapital gekennzeichnet werden.

Diese drei Forderungen stellen auch die Aufgaben dar, welche in der Genfer Konferenz von der deutschen Bourgeoisie auf die Tagesordnung gestellt werden. Die Frage der Revision des Youngplanes wird dabei noch nicht offen behandelt, sondern lediglich hinter den Kulissen. Dagegen werden die beiden anderen Forderungen mit aller Energie betrieben. Die Lösung der Ostfrage ist der Vorstoß gegen Polen, der noch besonders durch die Ostlandreise des Reichskanzlers Brüning unterstrichen worden ist. Die Minderheitenfrage wird hier zum Ausgangspunkt einer neuen Mächtegruppierung gemacht. Das deutsche Kapital will dadurch erreichen, daß sich innerhalb des Völkerbundes eine scharfe Trennung gegenüber der französischen Vorherrschaft vollzieht. Es kam dem deutschen Kapital besonders darauf an, den schon bestehenden Gegensatz zwischen dem französischen und englischen Kapital zu vertiefen. Dabei rechnete man damit, daß das englische Kapital gemäß seiner bisherigen Politik der Unterstützung der nationalen Minderheiten und im Einklang mit seinem moralischen Getue, sich gegen die Pilsudski'sche Terrorpolitik wenden würde. Diese Stellungnahme gründete sich auch auf der Tatsache, daß für die englische Regierung die Labour-Party offiziell zeichnete und daß sowohl die englische als auch die deutsche Sozialdemokratie in heftigster Weise gegen den polnischen Terror Stellung genommen hat.

Das französische Kapital erkannte den Vorteil, der sich aus dieser Situation für die deutsche Bourgeoisie ergab und parierte ihn geschickt durch einen Abschluß eines französisch-englischen Finanzabkommens. Das englische Kapital, das genau so wie Deutschland durch die augenblickliche Weltkrise außerordentlich erschüttert war, wurde noch besonders durch die ungeheure Aufhäufung von Gold und Devisen durch Frankreich bedroht. Dieser Zufluß an Gold war die Folge der relativen Unberührtheit der französischen Wirtschaft durch die Weltkrise und des Zurückziehens der kurzfristigen französischen Kapitalien aus dem Auslande gerade wegen dieser Krise. Am zweiten Januar betrug die Devisenreserve der französischen Notenbank, der Bank von Frankreich, 26,5 Milliarden bei einem Rekordgoldbestand von 53,7 Milliarden Franken. Die Folge dieser teils gewollten, teils zwangsläufigen Thesaurierung war ein Notenumlauf von 78,9 Milliarden. Diese ungeheure Inflation bedrohte die Grundlagen der bisherigen französischen Wirtschaftspolitik, die darauf beruhte, daß der Reallohn der Arbeiterschaft auf der vor der Stabilisierung vorhandenen Inflationsbasis stehengeblieben war. Die erneute Inflation drohte, zu einer Neugestaltung der Löhne zu führen, und auf der anderen Seite die Einkommen der französischen Rentner aus ihren festverzinslich angelegten Werten erheblich zu mindern, also mit einem Wort, die Schrecken der Inflation wieder aufleben zu lassen.

Dem französischen Kapital mußte es unter diesen Umständen darauf ankommen, den Kapitalüberschuß aus Frankreich in einer für das französische Kapital auch politisch vorteilhaften Weise zu verwerten. Für die Aufnahme dieses Ueberschusses kam sowohl wirtschaftlich als auch politisch allein das englische Kapital in Frage, insbesondere, weil Frankreich nicht das geringste Interesse hatte, die deutsche Wirtschaft mit ihrer bewußt gegen sie gerichteten Politik zu unterstützen. Das englische Kapital, das am Anfang der Rationaliserung seiner Industrie und seines Handels steht, und dessen Kapitalüberschuß in den letzten Jahren immer mehr zurückgegangen und zuletzt nur noch in geringem Maße effektiv war, brauchte unbedingt zur Durchführung der Rationalisierung erhebliche Kredite. Es befindet sich hierbei in derselben Situation wie sich das deutsche Kapital in den Jahren 1926 und 1929 befunden hat. Es sieht genau so wie es die einzige Möglichkeit zur Bewältigung der Krise in der Anpassung seines Industrieapparates an den Weltstandard. Gerade die englische Arbeiterregierung, deren Programm ja die Durchführung der Rationalisierung ist, mußte auf das französische Angebot eingehen, wenn sie sich überhaupt nur eine Möglichkeit verschaffen wollte, ihr Programm zu verwirklichen. Sie war durch die steigende Arbeitslosigkeit außerordentlich bedroht. Der Abschluß einer Verständigung mit dem indischen Kapital stand bevor, so daß auch mit einer Milderung des Boykotts der englischen Textilindustrie in Indien zu rechnen war. Diese Auftriebsmöglichkeit konnte auch nur ausgenutzt werden, wenn die notwendigen Kredite zur Verfügung standen. Deshalb griff die englische Bourgeosie mit beiden Händen zu, als ihr ein Finanzabkommen, durch das ihre Kreditbedürfnisse gesichert waren, von Frankreich angeboten worden ist. Sie verzichtete gern auf eine selbständige Kontinentpolitik und auf eine Intervention im Völkerbund zugunsten des deutschen Kapitals. Sie garantierte deshalb den bestehenden Status sowohl in finanzieller als auch in politischer Hinsicht. Dadurch wurde sowohl der Youngplan sichergestellt, als auch jede Abänderung der deutschen Ostgrenze illusorisch.

Dieser Umschwung in der Haltung des englischen Kapitals veranlaßte die deutsche Bourgeoisie in stärkerem Maße auf die Mächtegruppierung Deutschland, Italien und Rußland hinzuarbeiten. Innerhalb des Völkerbundes existiert ein sogenanntes Europakomité, das im wesentlichen die europäischen Wirtschaftsfragen untersuchen soll. Hierbei handelt es sich im wesentlichen darum, ob eine weitere Verstärkung der schutzzöllnerischen Tendenzen in Europa oder Freihandel erfolgen soll. Trotzdem das deutsche Kapital als Industriestaat auf einen Abbau der Zollmauern angewiesen ist, hat es sich auf die Seite der Schutzzollstaaten gestellt. Gleichzeitig hat es dabei zusammen mit dem italienischen Kapital einen Vorstoß unternommen, um Rußland in die Völkerbundsarbeit hineinzuziehen. Es sollte damit ein Präzedenzfall geschaffen werden, um überhaupt Rußland in den Völkerbund hineinzulavieren und zwar zur Verstärkung der deutschen Front. Es gelang auch den vereinigten Bemühungen des deutschen und italienischen Kapitals zu erreichen, daß nicht nur Rußland, sondern auch die mit Rußland eng verbündete Türkei, sowie Island eingeladen werden zur Teilnahme an den wirtschaftlichen Untersuchungen des Europakomités. Es muß schon auffallend sein, daß gerade Deutschland und Italien sich gemeinsam für die Hinzuziehung Rußlands einsetzen. Dazu kommt aber noch weiter, daß auch in der Frage der Weltabrüstungskonferenz das deutsche Kapital mit dem italienischen Kapital zusammengeht. Es war vorgesehen, daß der tschechoslowakische Außenminister Benesch, welcher führendes Mitglied der dem Ententekapital und insbesondere dem französischen Kapital verbundenen kleinen Entente ist, den Vorsitz in dieser Kommission führt. Das deutsche Kapital hat nun das allergrößte Interesse, daß entweder eine Abrüstung der hochgerüsteten kapitalistischen Staaten erfolgt, oder daß ihm eine Möglichkeit zur Aufrüstung gegeben wird. Auch hier wendet sich das Programm der deutschen Bourgeoisie insbesondere gegen das am stärksten gerüstete französische Kapital. Da das italienische Kapital das gleiche Interesse an einer Abrüstung Frankreichs hat, so ist auch in diesem Punkt ein Zusammengehen Deutschlands mit Italien erfolgt. Rußland hat bei der deutschen Regierung interveniert, daß es darauf drängen sollte, daß neben Benesch als Vizepräsident der dänische Außenminister Munch, welcher als Repräsentant eines neutralen Staates kein Interesse an einer Steigerung der imperialistischen Auseinandersetzungsmöglichkeiten hat, gesetzt werden sollte. Auch dieser Vorstoß ist geglückt. Hierbei zeigt sich also auch weiter die deutsch-italienisch-russische Harmonie, die auf Grund der wirtschaftlichen und politischen Situation der genannten Länder fußt. Rußland hat sich jetzt vollkommen in die Auseinandersetzung zwischen den kapitalistischen Staaten eingereiht. Es hat sich hierbei der deutsch-italienischen Konstellation angeschlossen.

Gegenüber diesem offenen Zusammenschluß wagt es noch die Rote Fahne von einem deutsch-französischen Bündnis gegen die Sowjetunion zu sprechen, und die außenpolitische Situation dahin zu charakterisieren, daß die gesamte kapitalistische Welt einig gegen Rußland zusammensteht. Diese Propaganda des bedrohten russischen Vaterlandes ist nur eine Frage der Zeit. Die KPD. wird sich bald mehr oder weniger offen auf die Seite des unterdrückten Deutschlands und die Beseitigung der nationalen Unterdrückung gegenüber der sozialen Revolution in den Vordergrund stellen. Daraus wird ein scharfer Konflikt innerhalb der revolutionären Arbeiterschaft erwachsen, welcher sein besonderes Charakteristikum beim Ausbruch einer offenen Krise in den Beziehungen der kapitalistischen Staaten erhalten wird.

Die deutsche Bourgeoisie hofft mit diesen beiden Vorstößen auch gleichzeitig die Reparationsfrage in Gang zu bringen. Sie erwartet, daß der hier ausgeübte Druck zu Konzessionen bezüglich der Zahlungsbedingungen aus dem Youngplan führen wird. Aus diesem Grunde hat sie bisher von den Möglichkeiten eines Aufschubes der Zahlungen gemäß den Bedingungen des Youngplans keinen Gebrauch gemacht, trotzdem die wirtschaftliche Situation durch die Veränderungen, die die Krise hervorgerufen hat, für sie geradezu katastrophal geworden ist. Das Aufhören des Kapitalimportes und die durch den Erdrutsch der Rohstoffpreise eingetretene Erhöhung der Zahlungen macht die Anstrengungen einer budgetären Sanierung unmöglich. Dietrich hat wieder ein Defizit von einer Milliarde zugeben müssen. Je katastrophaler die wirtschaftliche Situation ist, um so mehr drängt die deutsche Bourgeoisie auf den Krieg als Ausweg aus der Krise. Sie ist sich dabei bewußt, daß dieser Ausweg keine Lösung ist. Die revolutionäre Arbeiterschaft wird die Kriegsrüstungen der deutschen Bourgeoisie scharf verfolgen und die notwendigen Konsequenzen aus ihnen ziehen müssen.

Ueber 1914 hinaus

Die Erstarkung des deutschen Imperialismus und seine Wiedereingliederung in die Mächtegruppen, die um den „Platz an der Sonne" ringen, rücken die Fragen der kriegerischen Auseinandersetzungen wieder näher in das Blickfeld der Arbeiterklasse.

Die Unmöglichkeit in der kapitalistischen Warenwirtschaft, Produktion und Absatz in Einklang zu bringen, stellt auch die deutsche Bourgeoisie vor gewaltige Aufgaben, um deren Lösung sie im nationalen — sowie internationalen Maßstabe kein Mittel unversucht lassen wird. Solange dem deutschen Kapital der Kommisstiefel der Sieger unerbittlich im Genick lastete, war es gezwungen, sein wahres Gesicht mit dem Mittel des Pazifismus zu verhüllen. Zwar kann es auch heute noch nicht wagen, offen die Fahne des Widerstandes gegen seine Gläubiger zu erheben; aber im Hintergrunde zeichnen sich jetzt schon seine Konturen. Der Panzerkreuzer, der auf dem politischen Horizont erschien, hat die Fragen, die das Proletariat 1914 ungelöst gelassen, zwangsläufig wieder von neuem auf die Tagesordnung gestellt. Und nur die eindeutigen geschichtlichen Erfahrungen der modernen Arbeiterbewegung vermögen dem Proletariat den Weg proletarischer Aktionsfähigkeit aufzuzeigen, [illegible] will es nicht im Morast des nationalistischen kleinbürgerlichen Sumpfes untergehen.

Das Verhältnis der deutschen Arbeiterklasse zum bürgerlichen Staat und zur bewaffneten Macht, beschränkte sich vor dem Weltkriege in der Stellungnahme der sozialdemokratischen Parlamentsfraktionen zu den Wehrvorlagen, die in der lapidaren Erklärung gipfelten: „Diesem System keinen Mann und keinen Groschen!" Wie aber die mehr oder minder radikalen Reden vor dem Plenum der Parlamente und den Volksversammlungen andererseits wieder wettgemacht wurden durch die praktische Mitarbeit in den Dunkelkammern der Kommissionen und Ausschüsse, so wurde die bloße Ablehnung des Militärbudgets zu einer heuchlerischen, billigen Phrase und blieb praktisch ohne Wirkung. Die Vertuschungstaktik der Parteivorstände zwang die offizielle Taktik der Sozialdemokratie immer mehr ins opportunistische Fahrwasser gegenüber der als Staat organisierten Bourgeoisie. Das behutsame Herumlavieren um jedes Kampfobjekt, sollte den Klassengegner nicht erkennen lassen, welche todbringenden Pfeile sich noch im Arsenal der „völkerbefreienden" Sozialdemokratie befanden; statt dessen offenbarte sie unter Verzicht einer offenen, klaren, revolutionären Taktik dem Klassenfeind ihre ganze Hilflosigkeit. Die Frage des Militarismus war für die 2. Internationale eine solche unbekannte Größe, wie der Staat. In den antimilitaristischen Prozessen und den theoretischen Diskussionen über den Staat, anerkannten die Sektionen der 2. Internationale den bestehenden Staat der herrschenden Klasse als Klassenstaat. So, von der Konsequenz der Dinge vor die Alternative gestellt, Theorie und Praxis des wissenschaftlichen

Sozialismus zu verbinden, und die Feststellung im Kommunistischen Manifest: „Die Arbeiter haben kein Vaterland“ zum granitenen, unverrückbaren Fels zu fixieren, an dem sich alle Fragen der proletarischen Klassenkampftaktik orientieren, steuerte das theoretische Offiziösentum nach den nebelhaften Fernen des „freien Volksstaat“. Dem freien Volksstaat ebenbürtig zur Seite stand als „Lösung“ die agitatorische Phrase der allgemeinen Volksbewaffnung, der „Volksmiliz“; trotzdem die russischen Proletarier im bewaffneten Aufstande 1905 den Weg schon klar gezeigt hatten: Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates!

Ungehört verhallten die Kassandrarufe Friedrich Engels und Rosa Luxemburgs, von welchen diese Parolen als unwissenschaftliche Phrasen aufs schärfste gebrandmarkt wurden. Schon steigerte sich unheildrohend das Wetterleuchten am politischen Horizont; aber mit trefflichen Resolutionen „gegen die Kriegsgefahr“ bewehrt, ziehen die Führer der 2. Internationale unter Glockenschall in den Baseler Münster. Die jahrzehntelang mit Illusionen vollgepropften Massen glaubten, es würde der ewige Frieden eingeläutet. Nur eine kurze Galgenfrist, und es stellte sich heraus, daß in Basel das Grabgeläute der 2. Internationale erklungen war. Es kam der August 1914 und mit ihrer Erklärung: „da machen wir wahr, was wir immer gesagt haben . . .“ war die deutsche Sozialdemokratie nebst Gewerkschaften zu Hindenburg übergegangen, als nachahmenswertes Beispiel für die übrigen Sektionen der 2. Internationale. „Sie war nur ein Instrument des Friedens“, schrieb der „Theoretiker“ Kautsky auf ihren Grabstein.

Die „Völkerbefreiende“ ging gespalten durch das Meer von Blut hindurch, um sich am Ufer des Blutstroms wieder zu vereinigen. Aber jene Wiedervereinigung war nicht das Ergebnis der inneren Klärung, der gesunden Selbstkritik und der völligen Abkehr eines Weges, dessen Spuren schrecken müßten, sondern erfolgte auf dem Sumpf des Opportunismus. Jeder Teil behielt im Grunde seines Herzens recht und der noch vorhandene innere Zwiespalt wurde überbrückt durch die Küsse der Führer auf dem Parteitage in Nürnberg. Aber jetzt, wo in trauter Seligkeit das Ehebett Rechte und Linke zärtlich umschlungen hielt, war für die „Linken“ auch der Traum ausgeträumt, auf abwegige Jugendeseleien zu geraten. Und so wie der „linke“ Haase im August 1914 die offizielle Stellung der Sozialdemokratie im Reichstag „gezwungen“ wurde vorzutragen, genau so mußten nach der Wiedervereinigung die „Linken“ das Alibi ihrer Makellosigkeit beibringen. Denn das läppische „oppositionelle“ Gewäsch hält dem Parteivorstand wohl die ängstlichen Parteischafe in der Hürde. Sobald die Sozialdemokratie aber wieder vor „großen Aufgaben“ steht, da heißt es: Farbe bekennen. Die „Linken“ wollen vor allem eins: Die Aufrechterhaltung „radikaler“ Phrasen zur Maskierung der imperialistischen Rüstungspolitik der SPD. Der inzwischen verstorbene Führer der Linken, Paul Levi, geht in einer Broschüre „Wehrhaftigkeit und Sozialdemokratie“ sogar noch über 1914 hinaus, indem er den kommenden Krieg nicht nur mit nationalen, sondern mit proletarischen Interessen rechtfertigt. Er schreibt:

„Versagt dieses Mittel (nämlich eine Vermittlungsaktion der 2. Internationale) so ist die Sozialdemokratie verpflichtet und bereit, das proletarische Interesse zu verteidigen.“

Er will auch eine Schwächung und Spaltung der Wehrkraft verhüten, wenn er schreibt:

„Der bürgerliche Staat sucht nach einer überparteilichen, den Klassengegensatz verdeckenden Organisationsform des gesamten Wehrkörpers. Er kann sie nicht finden. Die breiten Massen aber, die die Träger des Krieges in Wirklichkeit sind, sind organisiert und haben die Organisationsform gefunden, die gegenwärtig jedenfalls das Höchstmaß an Leistungsfähigkeit erzeugt: Partei, Gewerkschaft, Betriebsräte.“

Levi sieht ganz richtig, wofür die Gewerkschaften im kommenden Kriege zu verwenden sind:

„Die Gewerkschaften sind die wichtigste Körperschaft, die einmal die Führung des Krieges um kapitalistische Ziele verhindern kann, die industrielle Produktion aber im Falle der Verteidigung wahrhaft proletarischer Interessen auf das Höchstmaß steigert.“

Daß Levi dabei nicht etwa einen revolutionären Krieg nach dem Sturz der Bourgeoisie im Auge hatte, geht aus seinen folgenden Ausführungen hervor:

„Die Sozialdemokratie hat die Möglichkeit und angesichts der unter Umständen ihr obliegenden Pflicht der Verteidigung des Vaterlandes die Aufgabe, diesen Zwiespalt in der Wehrkraft des Landes zu beseitigen.“

Welches ist nun die offizielle Stellung der Sozialdemokratie zur Wehrmacht der deutschen Bourgeoisie? Darüber geben die Richtlinien zur Wehrfrage vom Magdeburger Parteitage Auskunft, die besagen:

„Die deutsche Republik braucht eine Wehrmacht zum Schutze ihrer Neutralität und der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse.“

So muß sich nach dem hier aufgezeigten Bekenntnis der Sozialdemokratie zwangsläufig für die Staatsbeamten, abkommandiert in die Gewerkschaften, die Verteidigung ihres kapitalistischen Staates ergeben. Der KPD. aber blieb das Verdienst vorbehalten, zehn Jahre lang den Schinderknechten der Bourgeoisie die Arbeitermassen zuzutreiben und dann die Arbeiter zu ermuntern, vermittels eines demokratischen Faschings, genannt „Volksentscheid“, gegen den Militarismus zu „kämpfen“.

Hier erhebt sich noch die Frage, wo wird der neue Krieg das Proletariat finden? Als treue Knechte gehorsamer Gewerkschaftsbeamten mit der auf Leben und Tod verbundenen beutegierigen imperialistischen Bourgioisie, oder im offenen Aufstand gegen die eigene Bourgeoisie und ihre Lakaien? Die Arbeiterklasse muß beweisen, daß auch sie über 1914 hinaus ist; daß sie gewillt ist, organisch verbunden als Klasse in den Betrieben und Stempelstellen, den Weg der revolutionären Massenaktion zu beschreiten.

Die Kommunistische Arbeiterpartei und die Allgemeine Arbeiter-Union haben von Anfang an diesen Weg gewiesen; daß er richtig ist, wird jedem denkenden Arbeiter bestätigt.

Politische Rundschau

1,33 Milliarden Defizit

Herr Dietrich macht in „gemäßigtem“ Optimismus.

Das Loch im Finanzhaushalt des deutschen Kapitals ist doch einfach nicht zuzukriegen. Unser Finanzminister muß doch seine „Sorgen“ haben.

Nun hat man nach allen Regeln finanzwissenschaftlicher Kunst Steuern ausgeschrieben, daß es man so hagelt, dann hatte man noch voriges Jahr einen Ueberbrückungskredit aufgenommen, und nun muß trotzdem der Finanzminister Dietrich feststellen, daß das Jahr 1930 mit einem Defizit von der stattlichen Summe von 1,33 Milliarden Mark abgeschlossen hat.

Aber trotz dieser Tatsache blickt Herr Dietrich nicht absolut pessimistisch in die Zukunft hinein.

Im Haushaltsausschuß des Reichstages hielt nun im Rahmen der finanzpolitischen Aussprache der Minister Dietrich eine große Rede. Und der Mann redete davon, daß zwar ein Defizit von 1,33 Milliarden Mark vorhanden sei, daß die Sache aber nicht so schlimm sei; es wird „im Rechnungsjahr 1931 eine wenn auch nur leichte Besserung zu verzeichnen sein gegenüber dem Stande vom Oktober 1930“. Und das prägte der „Zuversichtliche“ in die Formel: „Gemäßigter Optimismus“. Diesen „gemäßigten Optimismus“ verstand er so: „Es ist schließlich Gefühlssache, die sich weder beweisen noch widerlegen läßt, ab man mit einem gewissen Vertrauen in die Zukunft sieht oder ob man sich von den denkbaren Entwicklungsmöglichkeiten die dunkelste aussucht.“ So Herr Dietrich.

Wir haben ja heute einen Zustand, wo kein Mensch einen Ausweg sieht. Ueberall herrscht die Panik. Warum soll da nicht einer sein der „optimistisch“ in die Zukunft blickt? Aber trotzalledem spricht aus Dietrichs Worten die Katastrophe. Der „Tiefstand der Krise“ sei nach seiner Meinung erreicht. Aber wo dieser „Tiefstand“ aufhört — darüber schweigt des Sängers Höflichkeit.

Nun zur „Deckung“ des Defizits. Da brachte Dietrich zum Ausdruck, daß Steuererhöhungen schlecht möglich seien, brachte doch schon das Jahr 1930 Steuereinnahmeausfälle von Millionen von Mark. Das einzige, wo gespart werden könne — wäre der Sozialetat. Also aus den Knochen der Arbeiter und der Arbeitslosen muß noch mehr herausgeholt werden. Und so will man bei der Arbeitslosenfürsorge, der Knappschafts- und Invalidenversicherung, bei der Kriegsopferversorgung Millionen einsparen. Bei der Arbeitslosenversicherung soll eine allgemeine Bedürftigkeitsprüfung erwogen werden. Weiterhin soll die Höhe der Unterstützung abhängig gemacht werden von der Dauer der geleisteten Versicherungsbeiträge. Dann soll der Plan, den Dietrich in Stuttgart angekündigt hat, realisiert werden. Dietrich kündigt dann auch an, daß der Arbeitsminister Stegerwald jedenfalls mit dementsprechenden neuen „Reformen“ in der Sozialversicherung vor den Reichstag treten wird.

So wird die Auspressung des Proletariats im Interesse des Profits, des Kapitals, im Interesse der zu lösenden „Schwierigkeiten“ noch stärkere Dimensionen annehmen und die Sozialdemokratie wird dabei der Brüningregierung Hilfsstellung gewähren; im Interesse des „kleineren Uebels“. Denn schon hat Hilferding im Haushaltsausschuß des Reichstages bei der finanzpolitischen Aussprache zum Ausdruck gebracht, daß z. B. gewisse „Reformen“ in der Arbeitslosenversicherung zu erwägen wären.

Den Hungerriemen enger schnallen, — das ist die Parole des Kapitals und seiner Hilfstruppe der Sozialdemokratie für die Millionenmassen des Proletariats. Und die Ruhe, die das Proletariat den Dingen gegenüber zeigt, ist schon zum Himmel schreiend. Das Kapital kann eben dem proletarischen Löwen allerhand bieten, ehe er seine Zahmheit ablegt und mit seiner Tatze zuschlägt.

Die Kapitalsoffensive in England

Die Aussperrung der Textilarbeiter Tatsache.

In unserer vorigen Nummer wiesen wir darauf hin, daß auch jetzt das englische Kapital die Offensive gegen die Arbeiterklasse eröffnet.

25 000 Textilarbeiter in Burnley, die sich gegen die Rationalisierung der Textilgewaltigen auflehnten, wurden ausgesperrt. Wenn es bis zum 17. Januar keine Einigung in diesem Konflikt gäbe, sollte die Aussperrung von 250 000 Baumwollweber in Lancashire erfolgen. Da eine Einigung nicht zu erzielen war, ist die Aussperrung der Baumwollweber prompt erfolgt. Die Macdonald-Regierung versucht in letzter Minute vermittelnd einzugreifen. Aber die Textilkönige diktieren ihren ökonomischen Machtstandpunkt. Nicht einmal ein Aufschub der Aussperrung war zu erreichen. Zu diesen 250 000 Baumwollwebern werden noch 250 000 Arbeiter der Spinnereien folgen. So haben wir es faktisch mit einer Riesenbewegung von 500 000 Textilarbeitern zu tun.

Die Einführung des „Mehrstuhlsystems“, d. h. daß jetzt die Weber an Stelle von vier Stühlen acht bis zehn Stühle bedienen sollen, hat als Grundlage eine Untersuchung der Textilindustrie durch eine Kommission der englischen „Arbeiter“-Regierung, die dann ein Rationalisierungsprogramm aufstellte.

Die Gewerkschaften, als treue Schildknappen der „Arbeiter“-Regierung und des Kapitals, haben natürlich gegen dieses Vorhaben, daß jetzt auch die englischen Proleten wie eine Zitrone ausgepreßt werden sollen, nichts einzuwenden. Sie stellen bei dieser Angelegenheit die Lohnfrage in den Vordergrund. Bisher erhielten die Weber für die Bedienung von vier Stühlen 39 Schilling. Jetzt sollen sie für die Bedienung von acht Stühlen, also die doppelte Zahl, 47 Schilling erhalten.

Die 150 000 Bergarbeiter zur Strecke gebracht.

Die Bewegung der 150 000 Bergarbeiter von Süd-Wales ist zu Ende. Die deutschen Gewerkschaften orakeln einen „erfolgreichen“ Abwehrkampf auf Arbeitszeit und Arbeitslohn.

Wie sieht dieser aber aus?

Das herbeigeführte Abkommen zwischen Kohlenbaronen und Gewerkschaftsführern sieht eine $7^1/_2$stündige Arbeitszeit unter Tage ohne Lohnausgleich bis zum 1. März dieses Jahres vor. Die vorgesehene Einführung des Siebenstundentages, die durch die Einlegung einer Feierschicht in je zwei Wochen ohne Lohnausgleich erfolgen sollte, wird auf drei Jahre hinausgeschoben. Nach dem 1. März wird von einem „unabhängigen“ Schlichter ein Schiedsspruch gefällt, gegen dessen Verbindlichkeitserklärung kein Einspruch möglich ist. Praktisch bedeutet diese Vereinbarung, mit dem Verzicht auf Lohnausgleich für die Feierschichten, eine Kürzung der Löhne. Und am 1. März wird der Schiedsspruch unzweifelhaft ebenfalls eine Portion Lohnabbau bringen.

Genau wie hier verschachern die Gewerkschaften die Arbeiter im Interesse der kapitalistischen Profitnotwendigkeiten an das Kapital.

Lohnabbauoffensive auch bei den englischen Eisenbahnern.

Nach den Bergarbeitern und Textilarbeitern konzentriert sich auch die Offensive des Unternehmertums auf die Eisenbahner. Verhandlungen über eine von den vier großen englischen Eisenbahngesellschaften geforderten Lohnherabsetzung sind im Gange. Das nationale Lohnamt für die Eisenbahnen in London wird sich mit den Forderungen der Gesellschaften wie der Gewerkschaften beschäftigen. Die von den Eisenbahnen verlangte Lohnsenkung beträgt zehn Prozent und würde 600 000 Eisenbahner betreffen.

*

So kommt auch in England eine Berufsgruppe nach der anderen an die Reihe. Die auch in England auf der Tagesordnung stehende Spaltung des Proletariats in Berufsorganisationen und die auch hier sehr stark ausgeprägte Berufsinteressenideologie lassen auch hier die Solidarität des Proletariats als Klasse im Kampfe gegen das Kapital schwer aufkommen.

Aber die Niederlage des englischen Proletariats, der wachsende ökonomische Druck des Kapitals auf seinen Lebensstandard, die Tatsache, daß auch die englischen Trade-Unions sich immer offener als kapitalerhaltende Organisationen entlarven müssen, werden auch das englische Proletariat zum Bewußtsein bringen, daß es gilt, die Fesseln gewerkschaftlichen Berufsegoismus zu sprengen, um die Organisation zu schaffen, die proletarische Selbstinitiative und solidarisches Handeln als Klasse verbürgt.

S.P.D. treibt die Massen zu Hitler

Wer sagt das? Ein Sozialdemokrat!

In der linkssozialdemokratischen Zeitschrift „Klassenkampf“ lesen wir folgende netten Worte:

„Der Zustrom zu der faschistischen Bewegung kam bis zu einem gewissen Zeitpunkt fast ausschließlich aus den entwurzelten Mittelschichten, und bei genauerer Nachprüfung der nationalsozialistischen Erfolge konnten wir immer noch feststellen, daß der Zulauf zur Hitlerpartei aus Arbeiterkreisen recht minimal war . . . **Die Tatsache, daß der Lohnabbau von den Gewerkschaften kampflos hingenommen wird oder hingenommen werden muß (?!). . . schafft die Voraussetzungen zur leichteren Bildung faschistischer Zellen in der Arbeiterschaft.**“

Wunderbar, dieses Eingeständnis. Herr Seydewitz erklärt also, daß die völlige Kapitulation der SPD. und Gewerkschaften vor den Notwendigkeiten der kapitalistischen Ordnung, indem sie z. B. den Lohnabbau billigen oder billigen müssen, die Grundlage ist, auf der Hitler für sein Reich Proletarier fangen kann. Der Mann hat recht. Die Politik der SPD. seit 1918 ist es gewesen — die in dem Verschachern der proletarischen Interessen an das Kapital bestand —, die Hitler überhaupt bisher schon Proletarier zutreiben konnte.

Diese Eingeständnisse von den Herren „linken“ in der SPD. haben wir öfter. Aber gerade sie sind es, die der SPD. bei ihrer antiproletarischen Politik das Rückgrat stärken. In den Parlamenten stimmen sie bei allen Dingen für die Politik des Parteivorstandes. Und das im Namen der Fraktionsdisziplin.

Diese Derbheiten über die Politik der SPD. sind von Zeit zu Zeit notwendig, um oppositionelle Energien abzutöten, um die Arbeiter bei der Stange zu halten. Ihre Fratze ist in Wirklichkeit die der Hilferding u. Co.

Streik in der „Roten Fahne“

Die ich rief, die Geister, werd' ich nun nicht los.

Nicht weil die Angelegenheit einen großen Skandal ausgelöst hat, registrieren wir diese im Grunde alltägliche Nebensächlichkeit. Auch nicht weil die Noske-, Urbahns- und Brandler-Zeitungen den Schlamm schon soweit aufgewühlt haben, daß sie beinahe darin ersticken. Diese ureigene Hausangelegenheit der bestreikten Geschäftsleitung der City-Druckerei wirft aber gleichzeitig ein drastisches Bild auf die blöde, klassenkampffeindliche Gewerkschaftspolitik der KPD. Deshalb wenden wir den Raum an sie.

Infolge der allgemeinen Flaute durch die Wirtschaftskrise und der Tatsache, daß Münzenberg seine „Welt am Abend“ aus der Druckerei genommen und einem bürgerlichen Unternehmen übertragen hat, kündigte die Druckereileitung nach eingeholter und bewilligter Stillegungsgenehmigung von der 150 Mann starken Belegschaft fünfzig Arbeitern.

Das ist der Kern. Es liegen in Deutschland mehr als 5 Millionen Arbeiter auf der Straße und es wäre sonderbar, wenn dies nicht auch die Unternehmen der KPD.-Presse berühren würde. Es kann aber keinem Betrieb zugemutet werden, 50 Arbeiter zu bezahlen, für die er keine Arbeit hat. Das wäre die Pleite in ein paar Tagen.

Das begreift wohl auch jeder. Nun kommen aber die Sozialdemokratie (die echte, die Urbahnsche und Brandlersche) und die Gewerkschaft und behaupten, daß die Auswahl nicht „nach gewerkschaftlichen Grundsätzen“ erfolgt sei. Das ist, mit Verlaub gesagt, Unsinn. Eine politische Partei wird nach ihren eigenen Grundsätzen verfahren, nicht nach denen einer anderen gegnerischen Organisation. Das sie also ihre eigenen Anhänger bevorzugt, wodurch Anhänger anderer Organisationen, die der Sozialdemokratie, benachteiligt werden, das zu einem moralischen Vergehen zu stempeln, das können doch wohl nur jene, die mit der Moral auf sehr gespanntem Fuße stehen und politisch schon sehr arg verwildert sind.

Jetzt traten aber plötzlich 29 Maschinensetzer in den Streik, mit der Forderung, die Kündigungen überhaupt zurückzunehmen. „Uebrigens wurde“, wie der Obmann der freigewerkschaftlichen Vertrauensleute der City-Druckerei in der „Roten Fahne“ vom 18. 1. 31 bekannt gibt, „den Vertrauensleuten die Liste der zur Entlassung kommenden Kollegen schon am 8. Januar, also vor erfolgter Kündigung, vorgelegt, mit der Weisung, von den einzelnen Abteilungen eventuell andere Vorschläge zu machen. Das ist nicht geschehen.“

Die Arbeitsniederlegung an einem Tage, wo das Erscheinen der Zeitung an Rosa Luxemburg und Karl Liebknechts Todestage in Frage stellte, beweist wohl, daß andere Kräfte hinter den Streikenden standen. Nach der „Roten Fahne“ sind es „Handlanger der sozialfaschistischen Gewerkschaftsbürokratie“. Das stimmt natürlich. Das Groteske ist aber, daß die gegen die KPD. Streikenden größtenteils Mitglieder der KPD. sind!

Da liegt der Hase im Pfeffer. „Der verbrecherische Anschlag auf das Zentralorgan der KPD.“, wie die Fahne sich ausdrückt, ist die natürliche Folge der Gewerkschaftspolitik der KPD. Sie selbst ist es, die die Arbeiter in die Gewerkschaften treibt und den in ihren Betrieben Beschäftigten die Mitgliedschaft in der Gewerkschaft zur Bedingung machte. Da nun die Gewerkschaften alles tun an ihre Mitglieder mit Gewerkschaftsgeist und Gewerkschaftsdisziplin zu füllen und gegen den Klassenkampf zu erziehen, die KPD. aber gar nichts um ihre Mitglieder mit kommunistischem Geist, so ist das wieder nur ganz natürlich, daß die Gewerkschaftsmitglieder den „Handlangern der sozialfaschistischen Gewerkschaftsbürokratie“ folgten und nicht der KPD. Diese Auswirkungen der KPD.-Gewerkschaftspolitik werden sich in einem Riesenausmaß auswirken, wenn die KPD. einmal in der Abwehr eine Aktion gegen den Hindenburgstaat unternehmen müßte. Der Streik in der „Roten Fahne“ beweist wieder einmal deutlich, daß die KPD. selbst eine nicht zu unterschätzende Triebkraft der Konterrevolution ist.

Münzenbergs Umzug in einen bürgerlichen Betrieb.

wird ihm von der echten und der Brandlerschen sozialdemokratischen Presse und der Urbahnschen Drehscheibe zum Vorwurf gemacht, weil er es angeblich des billigeren Angebots wegen tat. Das „Argument“ hinkt ebenfalls auf beiden Beinen. Der Reinertrag der „Welt am Abend“ („Berlin am Morgen“ hat keinen) geht so in die Kasse der Partei. Die „Welt am Abend“ wurde mit Genehmigung Moskaus und mit Geldern der Internationalen Arbeiterhilfe begründet. Sie ist, wie auch die „B. a. M.“ Organ der KPD., für Schlepperdienste errichtet. Ob nun für die Herstellung der Zeitung ein größerer Betrag in die Parteikasse fließt oder nachträglich die Ersparnis, das ist doch wohl gleich. Wohl ist Münzenberg Krösus mit einem fürstlichen Einkommen, aber das würde er auch ohne seine Zeitungen, etwa in der „Roten Fahne“ haben. Der Ueberschuß geht vereinbarungsgemäß in die KPD.-Kasse. Münzenberg ist also nicht Nutznießer der Ersparnisse durch die Herstellung in einem bürgerlichen Betrieb (Gerling & Reimers), wie auch nicht er allein, sondern das Direktorium der KPD. die Verlegung bestimmt hat. Und zwar aus politischen Gründen. Man fürchtet, wenn einmal der Betrieb der „Roten Fahne“ durch die Parteimitglieder (wie eben) oder durch die Staatsmacht stillgelegt, resp. die „Rote Fahne“ verboten wird, daß dann auch die „W. a. A.“ totgemacht werden könnte. In dem bürgerlichen Betrieb wird für solchen Fall der Partei mit

Die Gründung des deutschen Reiches

Am 18. Januar feierte die deutsche Bourgeoisie, wie überhaupt das gesamte Bürgertum den Tag, wo vor 60 Jahren am 18. Januar 1871 durch die Kaiserproklamation in Versailles der Grundstein für das Deutsche Reich gelegt wurde.

Gefördert wurde die Reichsgründung durch die mächtig aufstrebende industrielle Bourgeoisie. Im Verlaufe der Entwicklung streifte die Bourgeoisie die letzten Reste des Feudalismus — verkörpert durch die Monarchie — ab, um mit Hilfe der Demokratie sich die Wege zu ebnen zu ihrer höchsten ökonomischen Stufe. Dies ist ihr gelungen. Aber gleichzeitig entwickelte sich mit ihr, — ihr Todfeind — das Proletariat. Der Kapitalismus hat zwar seine höchste ökonomische Stufe erreicht, aber seine inneren Widersprüche zwischen Produktion und Absatz konnte er nicht lösen, sie sind heute stärker denn je.

Zur Niederhaltung des Proletariats lüftet die Bourgeoisie den Schleier der Demokratie, um mit der unverhüllten Diktatur aufzuwarten.

Zur Wiederkehr der Reichsgründung kommt die Sozialdemotie mit der Losung: Reichsverteidigung, Rettung der Demokratie. Dies ist ihre Offenbarung nach 60 Jahren gegenüber dem Proletariat. Rettung der Demokratie? Das ist die Rettung der kapitalistischen Ordnung. Auf dem Boden der Demokratie ist die Sozialdemokratie hineingewachsen in die Pfründen des kapitalistischen Staates — daher ihr Interesse an der Erhaltung der Demokratie.

Mag die Sozialdemokratie die Demokratie und damit den Kapitalismus retten wollen — das Proletariat, das von der Bourgeoisie geschaffen und damit ihr eigener Totengräber geschaffen wurde, muß heute, weil ihm die Geschichte dazu zwingt, zum Totengräber der Bourgeoisieordnung und all ihrer Nutznießer werden durch die proletarische Revolution.

Wenn die Arbeiterklasse diese ihre Aufgabe recht bald begreift, dann wird diese Feier der Reichsgründung durch das Bürgertum die letzte gewesen sein.

Wir veröffentlichen hiermit einen Aufsatz aus der Feder von Franz Mehring, der in der „Neuen Zeit“ 14. Jahrgang, 1. Band 1896, S. 481, anläßlich der 25. Wiederkehr des Reichsgründungstages veröffentlicht wurde.

Die prunkenden Feste, mit denen sich die herrschenden Klassen des Deutschen Reichs seit dem vorigen Sommer unterhalten, werden am 18. Januar ihren Gipfelpunkt finden. An diesem Tage wird das neue Deutsche Reich fünfundzwanzig Jahre alt. Am 18. Januar 1871 erließ der König von Preußen, Wilhelm I., eine Proklamation an das deutsche Volk, worin er verkündete, daß er und seine Nachfolger an der Krone Preußen, nachdem die deutschen Fürsten und freien Städte den einmütigen Ruf an ihn gerichtet hätten, mit Herstellung des Deutschen Reichs die seit mehr denn sechzig Jahren ruhende deutsche Kaiserwürde zu erneuern und zu übernehmen, den kaiserlichen Titel in allen Beziehungen und Angelegenheiten des Deutschen Reichs führen würden. Er hoffte zu Gott, daß es der deutschen Nation gegeben sein werde, unter den Wahrzeichen ihrer alten Herrlichkeit das Vaterland einer segensreichen Zukunft entgegenzuführen, daß es ihm und seinen Nachfolgern verliehen sein werde, allzeit Mehrer des Deutschen Reichs zu sein, nicht an kriegerischen Eroberungen, sondern an den Gütern und Gaben des Friedens auf dem Gebiete nationaler Wohlfahrt, Freiheit und Gesittung.

Es hat Gott nicht gefallen, diese Hoffnung zu erfüllen. Mehrer des Reichs wurde der neue Kaiser nur durch kriegerische Eroberungen, durch die Annexion von Elsaß-Lothringen, die in erster Reihe dazu beigetragen hat, den latenten Kriegszustand in Europa zu verewigen, die Güter und Gaben des Friedens zu verkümmern, die nationale Wohlfahrt, Freiheit und Gesittung zu unterdrücken. Unter der eisernen Last der Waffen versagt sich das Deutsche Reich mehr und mehr die bescheidensten Kulturaufgaben. Diese Tatsache wird die herrschenden Klassen nicht hindern, den fünfundzwanzigjährigen Gedenktag in rauschendem Fest- und Wortschwalle zu feiern. Die ganze abgetriebene Herde der patriotischen Schlagworte wird abermals aufgestört werden, um blökend über die Bühne zu traben. Die „Heroen des großen Jahres“ werden als riesige Schattenbilder an der Wand erscheinen und den „Dank des Vaterlandes“ empfangen für Gedanken, die sie nie gehegt, für Taten, die sie nie getan haben. Und vielleicht spenden die begeisterten Festredner auch das Brosamlein eines kargen Dankworts den namenlosen Toten, die zu Zehntausenden auf den französischen Schlachtfeldern schlummern, den armen Invaliden, die noch heute im dankbaren Vaterlande frieren und hungern, nachdem sie und sie allein durch ihrer Arme Kraft vor fünfundzwanzig Jahren das Deutsche Reich zurechtgehämmert haben.

Sie und sie allein, denn von all den gefeierten „Gründern des Deutschen Reichs“ hat keiner das Deutsche Reich gewollt, keiner, es sei denn der damalige Kronprinz und spätere Kaiser Friedrich, und der wollte es nicht als modernen Staat, sondern als mittelalterlich-romantische Dynastie. Als sein Vater einmal dem Kaiser von Rußland, weil er Kaiser sei, den Vortritt ließ, rief der Kronprinz heftig: „Das soll kein Hohenzoller sagen und das darf für keinen Hohenzollern gelten“, und sein Vertrauter Gustav Freytag schreibt über ihn: „Aus dem fürstlichen Stolze erwuchs in der Seele des deutschen Kronprinzen die Idee des deutschen Kaisertums, sie wurde ein heißer Wunsch. Der Kronprinz aber bewahrte die Auffassung, daß die neue Kaiserwürde nur dann die rechte Weihe erhalte, wenn sie als Fortsetzung jener alten römisch-kaiserlichen Majestät betrachtet werde, und er war es, welcher bei der Eröffnung des ersten deutschen Reichstags 1871, zum Erstaunen der Abgeordneten, den uralten Stuhl der Sachsenkaiser in die moderne Eröffnungsfeier hineinschob . . . Bei späterer Begegnung hatte er die Huld zu bemerken: Ich denke nicht mehr so. Dennoch kam er von derselben Auffassung nicht los. Wenigstens war in schmerzvoller Zeit noch einmal von einem römischen IV die Rede, welche hinter der ersten Unterschrift des neuen Kaisers gestanden haben soll und die der Erinnerung an Kaiser Friedrich III., den Vater Maximilians I., ihren Ursprung verdankt.“ Aber selbst mit dieser höchst feudalen Auffassung von Kaiser und Reich fand der Kronprinz keine Gegenliebe bei seinem Vater und auch nicht bei Bismarck, wie in seinem Tagebuche des näheren nachgelesen werden kann.

Es war ein eherne ökonomische Notwendigkeit, die das Deutsche Reich schuf, und diese Notwendigkeit trat um so schärfer hervor, je widerwilliger die Werkzeuge waren, deren sie sich bediente. Sie zwang die „großen Helden“ unter ihre starke Faust, und vor ihrem nüchternen Muß zerstob alle romantische Herrlichkeit. Dem romantischen König von Bayern mußte die Unterschrift des „hochherzigen“ Briefes, worin er dem preußischen König die Kaiserkrone anbot, mit der Pistole auf der Brust abgezwungen werden, und Delbrück legte die neugebackene Kaiserkrone auf den Tisch des Reichstags nieder wie eine neue Warenprobe, von der er nicht ganz im klaren war, unter welche Rubrik des Zolltarifs sie eigentlich gehöre. Der Kronprinz wütete über dies geschäftsmäßige Gebaren, und selbst Bismarck, zu dessen Fehlern überflüssiges Komödienspiel sonst gerade nicht gehörte, setzte „seinen Leuten“ auseinander, wie Delbrück die Sache vom Komödienstandpunkte hätte behandeln müssen. Er meinte: „Es mußte eine wirksamere mise en scène stattfinden. Es hätte einer auftreten müssen, um seine Unzufriedenheit mit den bayerischen Verträgen auszusprechen. Es fehlte dies und es mangelte jenes. Dann mußte er sagen: Ja, wenn sich ein Aequivalent für diese Mängel gefunden hätte, etwas, worin die Einheit ausgesprochen wäre, das wäre was anderes, und nun mußte man den Kaiser hervorziehen.“ Wir lassen dahingestellt sein, ob die „welthistorische Szene“ durch diese komödiantenhafte Aufstutzung viel gewonnen hätte. So wie sie sich abspielte, brachte sie wenigstens ihren wirklichen Gehalt zum ungeschminkten Ausdruck. Herr Friedenthal, der in seiner Person den großen Grundbesitzer und großen Industriellen vereinte, fragte in trockenem Geschäftstone an, ob das deutsche Volk nicht ein Oberhaupt erhalten werde, und Herr Delbrück verlas mit seiner blechernen, tonlosen Stimme eben jenes „hochherzige“ Schreiben, das dem König von Bayern durch die Pistole auf der Brust abgepreßt worden war. Mit allen gegen die sechs sozialdemokratischen Stimmen genehmigte der Norddeutsche Reichstag ein paar Tage darauf die Vorlage der Regierung, welche das Deutsche Reich und den deutschen Kaiser in die Bundesverfassung einführte.

Die klugen Geschäftsleute des Norddeutschen Reichstags täuschten sich natürlich nicht über das, was sie wollten. Das neue Reich sollte das Reich der Bourgeoisie sein und in der Wechselrede Friedenthal-Delbrück kam seine Bedeutung und sein Zweck treffend zum Ausdruck. Jene Geschäftsleute wußten auch recht gut, daß die feudale Hof- und Militärpartei in Versailles mit schlechtverhehltem Mißbehagen auf das neue Gebilde blickte. Aber die Bourgeoisie ist nun einmal in der übeln Lage, indem sie ihre selbstsüchtigen Zwecke verfolgt, so tun zu müssen, also ob sie sich heldenmütig für das Volk opfere. Um den Massen einigen Sand in die Augen zu streuen, schickte der Norddeutsche Reichstag eine Deputation von dreißig Mann nach Versailles mit einer Adresse, die den König von Preußen himmelhoch anflehte, im Interesse des Vaterlandes die Kaiserkrone anzunehmen. In seinem kauderwelschesten Deutsch begründete Lasker diese Adresse, und die Deputation machte sich durch Eis und Schnee auf den sauren Weg. Die Vertreter des deutschen Volkes standen im Schloßhofe von Versailles etwa, wie weiland Kaiser Heinrich IV. im Schloßhofe von Kanossa. Hohn und Spott regnete auf sie herab. Höflinge und Krautjunker variierten in allen Tonarten das verächtliche Wort des preußischen Königs: „Ei, da verdanke ich Herrn Lasker ja eine rechte Ehre.“ Jedoch fand die Deputation auch ein fühlendes Herz in Versailles, und dies Herz schlug in der Brust des Herrn Stieber. Der meineidige Faiseur des Kölner Kommunistenprozesses empfand mit richtigem Instinkt, daß solche Halunken, wie er einer war, im Reiche der Bourgeoisie noch bessere Aussichten auf gute Verköstigung hätten, als im absolutistisch-feudalen Staate, und er schwänzelte wohldienerisch um die Deputation des Reichstages. Sie war nicht undankbar, und in einem feierlichen Schreiben empfing Stieber ihren „verbindlichsten Dank“ und ihre „vollkommene Ergebenheit“. Er sandte den Brief nach Berlin, damit er den spätesten Stiebern noch als ein Ehrenzeugnis ihres Ahnherrn aufbewahrt werde und schrieb dazu: „Mir hat die Deputation viel Arbeit gemacht, um ihr einen anständigen Empfang zu bereiten. Die Hof- und Militärpartei war ziemlich kühl, ich vertrat hier die Zivilpartei und das deutsche Volk. Wunderbare Zeiten.“ Ach ja, die „Zeiten“ waren „wunderbar“, und man kann es schließlich begreifen, daß sie sogar diesem hartgesottenen Sünder einige Krokodilstränen erpreßten . . .

Das Deutsche Reich hat gehalten, was es bei seiner Gründung versprach. Es ist geworden, was es nach den Bedingungen seiner Entstehung werden mußte: ein mächtiger Hebel der großindustriellen Entwicklung. Es ist ein goldenes Land der Bourgeoisie, die in ihm ihren geschichtlichen Beruf des revolutionären Auflösens und Zersetzens prächtig erfüllet, die so gewaltig aufgeräumt hat unter den feudal-juchtigen Trümmern, welche vor fünfundzwanzig Jahren noch fußhoch den deutschen Boden bedeckten. Sollen wir diese aufräumende Arbeit nicht anerkennen, nicht loben, nicht preisen? Wir wären Toren, wenn wir es nicht täten. Wir sind darin gerechter, als die Bourgeoisie selbst, die vor den Folgen ihrer eigenen Taten erschrickt und sich am liebsten aus mittelalterlichem Schutt eine neue Burg erbaute, worin sie, sicher für alle Ewigkeit, mit ihren ungezählten Schätzen wuchern könnte. Aus Angst vor ihrem stolzen und trotzigen Kinde möchte sie sich zitternd in das Grab ihrer längst selig entschlafenen Mutter wühlen.

Nein, wir feiern die Gründung des Deutschen Reichs aufrichtig und herzlich, viel aufrichtiger und herzlicher als die Bourgeoisie. Wir feiern sie in dem Sinne von Marx, im Sinne seines prophetischen Worts, daß der deutsch-französische Krieg den Schwerpunkt der internationalen Arbeiterbewegung nach Deutschland verlegen werde. Mag die fünfundzwanzigjährige Geschichte des Deutschen Reichs nur eine glänzende und große Seite haben, den revolutionären Kampf der Arbeiterklasse um ihre Emanzipation, nun, so ist diese Seite glänzend und groß genug, um einen bewundernden und dankbaren Rückblick zu verdienen, um aus den Kämpfen der Vergangenheit neue Kraft und Zuversicht für die Kämpfe der Zukunft zu schöpfen.

Teilen wir uns also redlich mit den herrschenden Klassen in die Feier des 18. Januar: uns die revolutionäre und ihnen die romantische Feier.

Aus den Januartagen 1919

(Von einem Mitkämpfer.)

(Schluß.)

Der Gewerkschaftsbeamte Franz Krüger musterte weiter die Gefangenen der Reihe nach. Jetzt kam Leo Jogiches an die Reihe. „Aha, da haben wir ja einen Russen gefaßt. Dir Burschen werden wir zeigen, du sollst das Luftholen vergessen.“ — Inzwischen war es 5 Uhr nachmittags geworden. Da ertönte plötzlich in unserem Keller das Kommando: „Die Lumpen vom Spartakusbund sollen einzeln herauskommen.“ Zu zwei und zwei mußten wir auf dem Hausflur des Hauses Wilhelmstr. 74 antreten. Ein Trupp Marinesoldaten (es waren weiße Offiziere) nahmen zu beiden Seiten der Verhafteten Aufstellung. Die Gewehre und Pistolen der uns begleitenden Soldaten wurden entsichert und man sagte, wer es wagt oder nur eine Miene macht die Flucht zu ergreifen, wird sofort niedergeschossen. Jogiches und ich bekamen auf dem Marsch eine besondere Bedeckung und mußten die Hände zusammengefaltet über dem Kopf halten. Sollten wir es wagen, die Hände vom Kopfe zu entfernen, so war uns eine Kugel sicher.

Die Straßen hatten keine Beleuchtung, die Gas- und Elektrizitätsarbeiter standen im Streik. Berlin war ohne Licht. Durch die Straßen pfiffen ab und zu noch einige Gewehrkugeln. In der Berliner Stadtkommandantur angelangt, wurden unsere Mitgefangenen von Leo Jogiches und mir getrennt. Wir beide wurden nach dem Kupfergraben zum Standgericht geschleppt. Da auch hier alles in dunkle Nacht gehüllt war, wurden wir wieder zurückgeschleppt. Man brachte uns in ein Zimmer, dessen Fenster nach der Schinkelakademie hinausgingen. Da erschien der stellvertretende Stadtkommandant Flechner und verlegte uns in ein anderes Zimmer, dessen Fenster nach der Schloßfreiheit hinausgingen. In dem Zimmer standen an den Fenstern zwei lange Tische. Auf diesen befanden sich schußbereit zwei große Maschinengewehre. Unter dem Tisch hatten wir beide unsere Lagerstätte aufschlagen müssen. Es war ungefähr 12 Uhr nachts, immer näher und näher kam ein sehr lebhaftes Gewehr- und Maschinengewehrfeuer, die Soldaten, die in unserem Zimmer die MG.s bedienen sollten, bekamen es sichtlich mit der Angst zu tun. Das Feuer von der Straße rückte immer näher der Stadtkommandantur zu. Ins Zimmer trat der Stadtkommandant Klavunde ein und sagte in barschem Ton zu den Soldaten: „Kerls, ihr seid wohl verrückt, die beiden Spartakisten bei den Maschinengewehren einzusperren, es hätte nicht viel gefehlt, dann hätten sie die Läufe auf euch gerichtet. Raus mit den beiden aus dem Zimmer. Und wir wurden beide in das schon oben genannte Zimmer zurückverlegt.

Am 12. Januar gegen 12 Uhr mittags hörte man von weitem eine Musikkapelle, welche Unter den Linden langzog mit dem klingenden Liede: „Deutschland, Deutschland, über alles.“ Unsere Zimmertür wurde aufgerissen. Außer dem Genossen Jogiches und mir eilte alles in ein anderes Zimmer, dessen Fenster nach Unter den Linden hinausgingen. Voller Begeisterung schaute alles auf die Soldaten aus dem Fenster. Hochrufe wurden ausgebracht. In der patriotischen Aufregung hatte man uns Gefangenen wohl ganz und gar vergessen, worüber wir nicht ärgerlich waren. Wir warfen unsere Zimmertür ins Schloß. Die Fenster, die keine Gitter trugen, waren sehr leicht zu öffnen. Im Nu stand ich auf dem Fensterbrett und hielt Umschau. Auch die Hof- und Dachposten hatten ihre strategische Stellung verlassen, um sich an dem patriotischen Rummel zu beteiligen. Am Fenster unseres Zimmers ging das Drahtseil des Blitzableiters entlang. Kurz entschlossen wurde es gefaßt, und mit einem kleinen Ruck stand ich auf der Hofmauer der Stadtkommandantur, die gegenüber der Schinkelakademie lag. Leo Jogiches folgte mir sogleich.

Wir beide verabschiedeten uns, wir hatten unsere „goldene republikanische Freiheit“ wiedererlangt. Auf den Straßen herrschte ein starkes Leben und Treiben. Wo nun hin? Nach meiner Wohnung zu gehen war ein Ding der Unmöglichkeit, denn da waren unfreiwillig Noskiden einquartiert. Die Leitung des Spartakusbundes war zum Teil durch die starken Gefechte in den letzten Stunden auseinandergerissen. Schnell mußte eine Verbindung geschaffen werden. Die einzelnen Treffpunkte der Stadt wurden besucht, das Ergebnis war gleich null.

Nun lenkte ich gegen 6 Uhr nachmittags meine Schritte nach dem Büro des Spartakusbundes in der Friedrichstraße. Allem Anschein nach herrschte hier Ruhe. Einige Bürozimmer waren erleuchtet. Ich faßte Mut und ging hinauf. Dort wurde mir die Tür geöffnet von einigen Zivilpersonen, die eine rote Binde um den Arm gelegt hatten. Ich trat ein und bemerkte, daß alle Räume nur ein Trümmerhaufen waren. Sofort wurde ich nach Waffen durchsucht. Ich werde aber als Spion im Büro unter Bewachung festgesetzt. Wenige Minuten später erschienen die Ehrhardt-Matrosen mit dem Leutnant Landska. Der „Herr“ Leutnant sagte zu mir: „Aha, jetzt haben wir den Burschen wieder gefaßt, der kommt uns nicht mehr aus den Fingern.“ Ich wurde durch vier Marinesoldaten unter Führung des Leutnants Landska, nach dem Kriegsministerium transportiert und in einen Keller geführt, wo 10 bis 18 Soldaten waren. Auf dem Tisch saß in Zivilkleidung der Hauptmann, ich glaube mit Namen Rosenberg, vom Regiment Reinhardt.

Jetzt öffnete sich die Tür in diesem Kellergelaß. Im Türeingang stand Noske, die Hände tief in die Hosentaschen gesteckt, den Mund gespitzt zum Pfeifen. Zwei Soldaten bekamen nun den Befehl, mich nach Charlottenburg nach der Fasanenstraße zu überführen. Wir gingen die Leipziger Straße entlang und bestiegen auf dem Potsdamer Platz die Untergrundbahn, die ihre Tätikeit soeben wieder aufgenommen hatte. Sie war stark überfüllt. Man fluchte und schimpfte auf Spartakus. Am Zoo verließen wir die Bahn und gingen nach unserem Bestimmungsort. Hier begaben wir uns in ein Zimmer, wo ein Mitglied der gemachten Soldatenräte saß. Sicherlich war der Mann von meinem Kommen verständigt worden, denn er herrschte mich in einem sehr rauhen Tone an, befahl mir Kopfbedeckung und Ueberzieher abzulegen. Meine Begleitmannschaften begaben sich zur Meldung in ein anderes Zimmer. Ich wurde nun von zwei Soldaten des genannten Hauses in den Hof geführt, dort erwarteten mich 4 bis 6 andere Soldaten, die mich an die Wand stellten und im Begriff waren, die Gewehrläufe auf mich zu richten. Im gleichen Moment sprang einer meiner Begleiter, von Beruf Lithograph, aus dem Haustor auf den Hof und schrie: „Nicht doch, was macht ihr denn, ihr dürft doch nicht schießen.“ Und ich wurde wieder zurück ins Zimmer geführt.

Mein Transport ging weiter nach dem Polizeipräsidium von Charlottenburg. Als wir die Kantstraße entlang gingen, stürzte eine in Pelz gekleidete Frau auf uns zu mit den Worten: „Sind Sie Soldaten von Noske, sind Sie Regierungssoldaten?“ Als die Begleitmannschaft dies bejahte, wurde sie von der Frau mit Geld, Zigaretten und Konfekt beschenkt. Die Frau machte die Soldaten noch darauf aufmerksam, daß sich in kurzer Entfernung in der Kantstraße schon wieder die Spartakisten sammelten. Es wurde eine Pferdedroschke genommen und durch einen kleinen Umweg ging die Fahrt ins Polizeipräsidium. Hier herrschte lebhaftes Gehen und Kommen. Die ganze kaiserlich-königliche Beamtenmeute unter Führung des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Wilhelm Richter, war dort vertreten. In der Nacht fand die Vernehmung der revolutionären Arbeiter statt. Bei dieser Gelegenheit traf ich einen bekannten Genossen von der USP. Dieser war bis zur Unkenntlichkeit im Gesicht und am Kopf zerschlagen. Dann wurden wir in einzelne Gefängniszellen gelegt. Am nächsten Tag wurden die revolutionären Arbeiter „sortiert“.

Wieder unter Bedeckung von Marineoffizieren im Gefangenentransportwagen wurden wir verladen und nach dem Stadtvogteigefängnis in der Dirksenstraße 15 transportiert. Den Wagen mußten wir dann auf offener Straße bei Fackelbeleuchtung verlassen. Hier stand spalierbildend ein Publikum aus allen Schichten der Bevölkerung Berlins, mit Ausnahme der revolutionären Arbeiterklasse. Es bildete eine Gasse, durch die jeder Gefangene einzeln Spießrutenlaufen mußte. Alles durfte auf uns mit allen möglichen Gegenständen einschlagen und uns wüst beschimpfen. Noch als wir das Gefängnistor durchschritten, wurden wir von den dort wachthaltenden Soldaten und Offizieren brutal mißhandelt. Der gesamte Transport mußte in Reih' und Glied antreten. Ein Offizier, mit Monokel, sortierte links und rechts. Die links Herausgetretenen wurden in eine isolierte Zelle gelegt. Was mit den anderen geworden ist, ist mir unbekannt geblieben. Es war nachts, als wir in unseren Zellen waren. Bis 1 Uhr nachts war es sehr ruhig im Gefängnis, dann wurde es sehr lebhaft. Man hörte Kolbenschläge, ab und zu einen Pistolenschuß, Brüllen und schweres Stöhnen der Gefangenen, Ketten- und Schlüsselgerassel, Zuschlagen der Zellentüren. Am anderen Tage fanden die Vernehmungen statt. Arbeiter, die vierzehn Tage an dieser Stätte des Grauens und der Mißhandlung bleiben mußten, haben sie oft mit schneeweißem Haar verlassen.

Die herrschende Klasse kennt keine Sentimentalität, daß haben die Januartage bewiesen, daß Proletariat wird abrechnen, und der Tag wird kommen.

(Otto Franke, „Inprekorr.“ 1925 II.)

[illegible] Mitgliederversammlung Groß-Berlin am Donnerstag, 29. Januar 1931

„größerer Wahrscheinlichkeit" immer ein Sprachrohr erhalten bleiben.

•

Wenn die „Rote Fahne" die Streikenden (die von ihr entlassen sind) mit Namen und genauer Adresse veröffentlicht und in großer Schlagzeile schreibt „Bildet Stoßtrupps!", so zeigt das nur, daß sich die KPD. ihrer völligen Ausweglosigkeit bewußt ist und auch der Tatsache, daß sie die Kraft ihrer Anhänger nicht im Kopf, sondern nur in den Muskeln weiß.

Aus dem Lande der „Wunder"

Rebellion des Hungers in Amerika.

Der Hunger beginnt auch in Amerika gegen die Satten sich aufzubäumen. Die Meldungen aus dem Lande „Dollaria" lassen erkennen, daß auch dort die erwerbslosen hungernden Proleten nicht stillschweigend zur Freude der herrschenden Klasse verrecken wollen. Erwerbslosen-Demonstrationen sind auf der Tagesordnung, in Oklahama City wurden Lebensmittelgeschäfte geplündert, das Rathaus gestürmt, zahlreiche Zusammenstöße mit der Polizei fanden in verschiedenen Städten statt, wobei zahlreiche Verhaftungen vorgenommen wurden. Die Polizei ging brutal mit Tränengasbomben gegen die Erwerbslosen vor.

Aus allen Enden der kapitalistischen Welt ertönt der Ruf **„Hunger, Hunger, gebt uns Arbeit und Brot."**

Der Kapitalismus versucht in allen Ländern, diesen Schrei der hungernden Erwerbslosenmassen mit Gummiknüppel, Tränengasbomben und blauen Bohnen zu ersticken, um selbst als kapitalistische Klasse zu leben und sich seine Profite zu sichern, ohne sentimental zu werden. **Verrecken ist die Parole der herrschenden Klasse** — eine andere Antwort kennt der Kapitalismus für das Proletariat nicht.

Und das ist gut so, daß dem so ist. Das internationale Proletariat darf auch bei Strafe seines Unterganges in die kapitalistische Barbarei nicht sentimental sein. Der Schrei: **„Gebt uns Arbeit und Brot"** muß ausklingen in den proletarischen Schlachtruf: **„Nieder mit dem Kapitalismus. Revolution!"**

Aus der Wirtschaft

Außenhandelsbilanz 1930

In der Jahresbilanz des deutschen Außenhandels kommt deutlich zum Ausdruck, daß 1930 in der ganzen Welt die Preise stark zurückgegangen sind, nur nicht in Deutschland.

Die Einfuhr stellt sich im reinen Warenverkehr auf 10,4 gegenüber 13,4 Milliarden Mark im Jahre 1929. Der Rückgang der Einfuhr beziffert sich demnach auf rund 3 Milliarden, was einem Wertrückgang von 25 Prozent entspricht. Dagegen ist die Einfuhrmenge nur um etwas mehr als 10 Prozent gesunken.

Die Ausfuhr ist ohne die Reparationssachlieferungen von 12,7 Milliarden im Jahre 1929 auf 11,3 Milliarden im letzten Jahr zurückgegangen. Unter Hinzurechnung der Reparationssachlieferungen stellt sich die Ausfuhr 1930 auf rund 12 gegenüber 13,5 Milliarden im Vorjahr. Die Gesamtausfuhr weist also einen Rückgang um 1,5 Milliarden, also 11 Prozent auf. Auch hier spielt der Preisabbau eine große Rolle, denn die Ausfuhrmenge Deutschlands ist nur um 5 Prozent gegenüber 1929 gesunken.

Das heißt also, daß das deutsche Kapital die Preise derjenigen Waren, die ins Ausland gegangen sind, nochmals beträchtlich im Preise gesenkt hat. Diese Unkosten wurden auf die Waren geschlagen, die in Deutschland verkauft wurden. Nach dem Ausland billig verkaufen, im Inlande teuer, das ist die Devise des deutschen Kapitalismus.

Diese Grundsätze befolgen die Auslandskapitalismen übrigens auch. Schon darin drückt sich der Irrsinn der kapitalistischen Wirtschaftsordnung aus. Die Arbeitskraft der Proletarier wird nicht eingesetzt für die Produktion zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse, sondern für den Konkurrenzkampf. Die Waren werden durch Transport, Zölle und Steuern verteuert und dann erst können sie verkauft werden. So kauft man in Deutschland gewisse amerikanische Waren billiger als in Amerika und in Amerika kauft man wieder deutsche Waren billiger als in Deutschland, usw.

Die ganze Fäulnis des Kapitalismus kommt aber darin zum Ausdruck, daß 1930 für 12,7 Milliarden Mark deutsche Waren ins Ausland gingen (1,8 Milliarden mehr als ausgeführt wurden), die dem deutschen Kapital mehr als eine Milliarde Profit brachten, während in Deutschland 20 Millionen Menschen buchstäblich hungern.

Der Lohnraubhagel

Die vom Schlichter für Süd-Westdeutschland nach Karlsruhe einberufenen Nachverhandlungen für die **Stuttgarter Metallindustrie** verliefen ergebnislos. Der Schlichter hat daraufhin den Schiedsspruch für verbindlich erklärt, der für die Tarif- und Zeitlöhne eine Senkung von 5 Prozent, für die Akkorde von 6 Prozent vorsieht.

*

Das Reichsarbeitsministerium hat den Schiedsspruch für die **Weißhohlglasindustrie**, der einen **Lohnabzug von 3 Prozent** vorsieht, für die Bezirke Sachsen, Brandenburg, Lausitz und Schlesien **für verbindlich** erklärt. In Sachsen wurden hier bereits schon im November die Löhne um **3 Prozent** gesenkt.

*

Der Frankfurter Schlichtungsausschuß fällte für die Frankfurter Metallindustrie folgenden Schiedsspruch: Ab 12. Januar werden die Stundenlöhne in der Spitze gesenkt und zwar von 89 auf 84 Pfennig, und ab 7. April auf 83 Pfennig. Das bedeutet also eine Senkung von 5,5 bzw. 6,7 Prozent. Gleichzeitig wird die Akkordbasis ab 12. Januar von 80 auf 76 Pfennig und ab 7. April auf 75 Pfennig gesenkt.

*

In der **mitteldeutschen Metallindustrie** fällte der Schlichtungsausschuß Halle einen Schiedsspruch für die Gebiete Halle, Magdeburg, Anhalt und Thale, der eine Lohnsenkung von **5 Prozent** vorsah. Die Lohnsätze der Akkordarbeiter werden am 22. Februar noch extra um 2 Pfennig gesenkt. Die Lohnregelung kann erstmalig am 1. August 1931 gekündigt werden.

Auch dieser Schiedsspruch ist vom Reichsarbeitsminister inzwischen verbindlich erklärt worden.

*

Voriger Woche berichteten wir, daß auch für den **oberschlesischen Steinkohlenbergbau** ein Schiedsspruch gefällt wurde, der nicht nur den Kumpels eine Lohnherabsetzung von **6 Prozent** ab 1. 1. 31 bringt, sondern auch eine Verlängerung des **Arbeitszeitabkommens.**

Auch hier hat der Reichsarbeitsminister diesen Schiedsspruch trotz „Gejammer" der Gewerkschaften für verbindlich erklärt.

*

Der **Verband rheinisch-westfälischer Brotfabrikanten** zieht alle Register seines „Könnens" auf. Er hat den sogenannten Arbeiterorganisationen, den Gewerkschaften, Lohnabkommen sowie Rahmentarif gekündigt. Die Brotfabrikanten fordern Kürzung der Löhne in den Bäckereibetrieben des Ruhrgebietes bis zu **45,3 Prozent** bei den Arbeitern und bis zu **50,8 Prozent** bei den Arbeiterinnen. In den Düsseldorfer Betrieben soll den Arbeitern der Lohn bis zu **52 Prozent** und den Arbeiterinnen bis zu **52,4 Prozent gekürzt** werden.

Der „Vorwärts" fällt dabei in Ohnmacht und schreit — **total verrückt!**

*

In der **Deutschen Holzindustrie** planen die Unternehmer schon lange einen Lohnabbau von **15 Prozent.** Jetzt soll dieser Plan in die Tat umgesetzt werden. Der Arbeitgeberverband für die deutsche Holzindustrie hatte seine im Reich vorhandenen Mitgliederfirmen anheimgestellt, allen Arbeitern zum 15. Januar zu kündigen, um auf diese Weise einen sofortigen achtprozentigen Lohnabbau vorzunehmen, während ein weiterer Abbau von sieben Prozent in Aussicht gestellt war, zu einem späteren Termin, falls bis dahin auf dem Verhandlungswege keine Einigung erzielt würde.

Diese Aktion der Holzindustriellen hatte als bisheriges Ergebnis, daß von in Frage kommenden rund 120 000 Holzarbeiter zunächst ein Bruchteil ausgesperrt wurde, um sie dem Lohnraub gefügig zu machen.

*

Für die Eisenbahner wurde ein Schiedsspruch gefällt, der den Neunstundentag für die Reichsbahn beibehielt. Die Gewerkschaftsbürokraten nannten so etwas: ein Stück aus dem Tollhaus. Sie setzten alle Hoffnungen darauf, daß Herr Stegerwald diesen Schiedsspruch nicht für verbindlich erklärt. Inzwischen ist zwischen der Eisenbahnerverbandsbürokratie und der Reichsbahndirektion eine Einigung erzielt worden. Mit geringfügigen Aenderungen wurde dieser Schiedsspruch zur freien Vereinbarung gestempelt. Von den Aenderungen sei hervorgehoben, daß die Arbeitszeit über 48 Stunden hinaus mit 20 Prozent Zuschlag vergütet wird. Der Schiedsspruch sah die Gewährung eines Zuschlages nicht vor.

Das Grundsätzliche des Schiedsspruches, daß der Neunstundentag bleibt, ist auch das Wesen der freien Vereinbarung.

So machen die Gewerkschaften „Erfolge" für die Arbeiter.

Der Bankrott des Kapitalismus

Im Lichte der Bourgeoisie selbst

Das revolutionäre Proletariat — vertraut mit den Bewegungsgesetzen der gesellschaftlichen Entwicklung und damit in die Gesetze der heutigen kapitalistischen Wirtschaftsordnung, demonstriert jeden Tag dem Proletariat im allgemeinen den Bankrott der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Jetzt werden die Stimmen im kapitalistischen Lager selbst laut, die der Ueberzeugung Ausdruck verleihen, daß der Kapitalismus seine Wirtschaft in ein Chaos verwandelt hat.

Noch vor vier Jahren wurde von den kapitalistischen Wirtschaftsführern auf der Weltwirtschaftskonferenz in Genf aller Welt verkündet, daß eine Epoche der „wirtschaftlichen Gemeinschaft aller Nationen" anbrechen werde. Nämlich dadurch, daß die Zollschranken herabgesetzt werden, und daß durch die Aufhebung der zwischenstaatlichen Ein- und Ausfuhrbeschränkungen das Wirtschaftssystem vor Erschütterungen bewahrt bleibt oder deren Wirkungen zumindesten abgeschwächt werden. Nun — dieses „Wunder", das die kapitalistischen Wirtschaftsführer da verkündeten, konnte die hereinbrechende Krise nicht aufhalten. Nach vier Jahren ist alles Bärme.

Lassen wir einen der kapitalistischen Wirtschaftsgrößen selbst sprechen. Der Vorsitzende der Europäischen Zollwaffenstillstandskonferenz, der Holländer Colyns, erklärte auf der zurzeit stattfindenden Tagung des Europaausschusses in Genf folgendes:

Sämtliche Versuche zu einer Senkung der europäischen Zolltarife und damit zu einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit und einer wirtschaftlichen Einheit Europas zu gelangen, die seit der Weltwirtschaftskonferenz von 1927 unternommen wurden, sind völlig gescheitert. **Dieser Zusammenbruch der bisherigen gesamten europäischen Wirtschaftspolitik muß unvermeidlich vernichtende Folgen für die wirtschaftliche Zukunft Europas zeitigen.**

Die Versuche, unter der Aufsicht des Völkerbundes zu einer europäischen Regelung der Zollfrage zu gelangen, sind gescheitert. Die Regierungen halten es nicht für möglich, kollektive Verhandlungen zur Senkung der Zolltarife aufzunehmen. Alle Versuche der Weltwirtschaftskonferenz, zu einer Senkung der Zolltarife zu gelangen, müssen jetzt offen als gescheitert erklärt werden.

Nach vier Jahren schwerster Arbeit ist die heutige Lage nicht nur nicht besser gegenüber der von 1927, sondern schlimmer geworden. **Wir kommen nicht nur nicht im geringsten vorwärts, sondern wir gehen immer weiter zurück.** Infolgedessen ist in einer großen Zahl von Ländern **die verhängnisvolle Folge zu verzeichnen, daß die Völker jedes Vertrauen in die Wirtschaftsarbeit des Völkerbundes verloren haben.**"

So gibt hier einer offen zu, daß alle kapitalistischen Wirtschaftsmethoden versagt haben. Aber es wird noch besser. Hören wir einen weiteren. In der englischen Zeitschrift „Foreign Affairs" (Auswärtige Angelegenheiten) heult der bekannte Pazifist Norman Angell über „Das ökonomische Chaos und die internationale Zukunft" wie folgt:

„Der ökonomische Wirbelsturm, der die Welt verwüstet hat, ist an der Universalität und Intensität seiner Wirkungen das Ereignis, das alle anderen Geschehnisse in den Schatten stellt. Die Geschichte kennt kein Ereignis dieser Art . . . **In dem goldenen Amerika, auf das die Europäer vor zehn Jahren faszinierend hinblickten, als gehöre es einer höheren Stufe ökonomischer Schöpfung an, in diesem Eldorado stehen heute die Arbeiter zu Hunderttausenden auf der Straße.** Banken stellen die Zahlungen ein, **Bankiers begehen Selbstmord, Vermögen, die so fest gegründet zu sein schienen, wie die Felsen von Gibraltar, lösten sich in blauen Dunst auf. Und noch dauert die Depression an, ohne daß ein Ende abzusehen wäre.**"

Noch deutlicher aber wird ein Dritter, und zwar in der „Neuen Wiener Presse", wo eine ökonomische Jahresbilanz gezogen wird. Vernehmen wir:

„Erschüttert blickt die Menschheit auf die Walstatt der schwersten wirtschaftlichen Kämpfe, die jemals im Buch der Krisengeschichte zur Einzeichnung gelangt sind. Auch nach früheren Kriegen und sozialen Umwälzungen gab es furchtbare Katastrophen, Not und Elend. **Was die jetzige Depression aber über ihre Vorläufer hinaushebt, ist die Tatsache, daß fast nirgends in der Welt Prosperität und Schaffensfreude zu finden sind . . . Die entferntesten Kontinente sind von Unruhe durchzittert. 18 Millionen Menschen sind zum Feiern gezwungen; mit ihren Angehörigen sind es wohl 50 Millionen,** die auf die bescheidenste Existenz zurückgeworfen wurden und deren Kaufkraft gelähmt ist. Viele quält die bange Frage, **ob das kapitalistische System der Wirtschaft an all dem Unheil schuld sei.**"

So also müssen selbst Bourgeois über unsere „heutige Zeit" urteilen. Jawohl — das kapitalistische System ist schuld an diesem Chaos. Viele Proletarier, die immer noch den Glauben hegen an eine „Besserung" im kapitalistischen System, werden durch diese Sprache der Bourgeoisie selbst, die von Ausweglosigkeit, ja — Bankrott dieses heutigen Systems trieft, eines besseren belehrt.

Der ungeheure Fortschritt der Technik, die Rationalisierung und der damit verbundene verringerte Absatzmarkt im Weltmaßstabe hat den Kapitalismus in dieses internationale Chaos hineingetrieben.

18 Millionen Menschen in aller Welt müssen feiern und — hungern. Der Kapitalismus ist bankrott; am Ende seines Lateins. Alle Rezepte sind fehlgeschlagen.

Die Arbeiterklasse hat die Aufgabe, endlich die Zeichen der Zeit zu begreifen. Sie muß — sollen nicht Millionen unserer Klasse durch den Kapitalismus dahingerafft werden, damit er noch eine Galgenfrist hat — diesen gesellschaftlichen Zustand ändern. Die sozialistische Revolution steht für die Arbeiterklasse auf der Tagesordnung der Geschichte, um die Tore zu öffnen für die wirtschaftliche Freiheit, für die Aufhebung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen.

Kommunismus — oder Untergang in die Barbarei, lautet das Feldgeschrei des Tages.

Immer mehr fliegen aufs Pflaster

Riesenstillegungen in Sachsen.

Aus Dresden wird gemeldet: Das größte Werk Sachsens, die Kunstseidenspinnerei Küttner AG. Pirna, hat der Gesamtbelegschaft von 3000 Arbeiterinnen und Arbeitern gekündigt. 900 sollten bereits im Laufe dieser Woche ihre letzte Lohntüte plus Papiere erhalten. Spätestens bis 12. Februar soll die Gesamtkündigung durchgeführt sein.

Nachdem eine Vertreterversammlung der Sächsischen Strumpfindustrie am 12. Januar eine Produktionseinschränkung beschlossen hat — und zwar um 25 Prozent — hat auch ein anderer Textilbetrieb, und zwar der Bautzner Betrieb der Vereinigten Jutespinnerei und Weberei AG. Hamburg, den Stillegungsantrag eingereicht und der Gesamtbelegschaft von 300 Arbeitern und Arbeiterinnen gekündigt.

Massenentlassungen, ganze Stillegungen von Betrieben. Eine Kette ohne Ende.

Berichtigung

Vor zirka einem Jahre veranstaltete das „Komitee für revolutionäre Literatur" eine Umfrage an bürgerliche sowie proletarische Schriftsteller: „Wie verhalten Sie sich im Falle eines Krieges mit der Sowjetunion?". Diese Antwort wurde auch mir vorgelegt; meine Antwort darauf war folgende:

„Der Krieg ist die Fortsetzung der imperialistischen Politik, nur mit anderen Mitteln. Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Politik in der Epoche der schärfsten sozialen und politischen Krisen und der daraus entspringenden kapitalistischen Versuche, die Krise zu lösen, muß gegen das kapitalistische System und für die proletarische Diktatur geführt werden. Mit anderen Worten: Man muß den imperialistischen Krieg in den Bürgerkrieg umwandeln. Damit ist auch die Frage, wie sich der Revolutionär im Falle eines Krieges gegen Rußland verhalten muß, beantwortet."

Diese Antwort ist in der „Internationalen Pressekorrespondenz" Nr. 103 vom Dezember 1930 in der russischen Rückübersetzung verzerrt, bzw. „ergänzt" wiedergegeben, wogegen ich protestiere. Auch der „Inprekor" ist diese Berichtigung zugegangen.

Auf das dumme Geschwätz der „Kampfruf"-Leute, die nicht nur darin eine „Abweichung" erblicken, sondern die schon die Tatsache, daß ein proletarischer Schriftsteller im Rundfunk aus seinen Büchern liest, als eine konterrevolutionäre Handlung zu brandmarken haben, einzugehen, hieße, sich mit gehässisch-neidischen Kretins in eine Diskussion einzulassen. Dazu habe ich keinerlei Veranlassung.

Adam Scharrer.

Organisatorische Mitteilungen

Groß-Berlin

Versammlungskalender.

2. Bezirk. Jeden Freitag, abends 20 Uhr, im Lokal Glalow, Malplaquetstr. 24.

6. Bezirk. Jeden 2. und 4. Freitag, 20 Uhr, im Lokal Reibe, Gitschinerstraße 88.

14. Bezirk. Jeden Donnerstag, 20 Uhr, bei Neumann, Kirchhofstr. 5.

15. Bezirk. Jeden Freitag, nachm. 17 Uhr, bei Jahnke, Niederschöneweide, Brückenstr. 3.

17. Bezirk. Jeden Freitag, 20 Uhr, bei Worlitzer, Gürtelstr. 38.

Nowawes.

Alle Freitag, abends 7.30 Uhr, finden im Lokal von Otto Gebauer, Wallstr. 62, die Funktionärversammlungen der Partei und Union statt.

Reich

Ortsgruppe Weißenfels.

Jeden Dienstag, abends 8 Uhr, finden im Lokal Tivoli, Schloßgasse, öffentliche Diskussionsabende statt.

Ortsgruppe Bonn.

Jeden Dienstag, abends 8 Uhr, Diskussionsabend bei Gen. Förderan, Doetschstr. 5.
Sympathierende und KAZ.-Leser haben Zutritt.
Dortselbst können auch die Zeitungen bestellt werden.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: W. Tietz, Berlin. Druck: Druckerei für Arbeiter-Literatur, W. Iszdonat, Berlin O 17.

12. Jahrg. Nr. 5

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 15 Pf.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die „Buchhandlung für Arbeiter-Literatur", Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13.
Telefon: Oberbaum F 8 7832.

Berlin, 31. Januar 1931

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 828 42, Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13.

Bei Bezug unter Streifband vierteljährlich 2,50 Mark incl. Porto. Bei Bestellung durch die Post vierteljährlich 2,18 und monatlich 0,88 Mk. Erscheint wöchentlich einmal.
Inserate werden nicht aufgenommen.

„Helden" der Zeit

Brüning reist im Lande umher und spricht vor den verschiedensten „Interessenhaufen", im Osten vor den Agrariern, in Sachsen vor den Industriellen. Er begibt sich unter das „Volk", um die „Nöte" kennen zu lernen, aber er legt sich „Zurückhaltung" auf. Der „Interessenhaufen" brüllte nach Lohnabbau, erhöhten Subventionen, „Entlastung der Wirtschaft", nach Staatsaufträgen. Herr Brüning ist nicht ganz so dämlich, wie der deutsche Durchschnittsspießer. Er sagte, daß „wir" von der internationalen Wirtschaftskrise gepackt sind. Er steht im Mittelpunkt des Hexensabbats, völlig ratlos zwar, aber er weiß, wie wenig ein „starker Mann" gegen das Grundübel zu unternehmen vermag. Und er droht: „Wenn sich die Meinung durchsetzen sollte, daß man erst das Chaos heraufbeschwören müsse, um dadurch gewisse Ziele zu erreichen, so würde die Reichsregierung energisch gegen diese Pläne Front machen."

Das hat den Sozialdemokraten und Gewerkschaften gewaltig imponiert und selbst die „Leipziger Volkszeitung" triumphiert: daß Brüning auf der Chemnitzer Industriellentagung „eine Schlacht gewonnen" habe. Alle „Erwägungen über die politische Lage" laufen in die Pointe aus, daß nur verbecherischer Wahnwitz diese Regierung stürzen könne. Dem Proletariat ist wieder ein neuer „Kämpfer gegen die Reaktion" erstanden.

*

Aber nicht nur innenpolitisch ist eine „Erleichterung der Lage" eingetreten. Herr Curtius hat einen nicht minder großen Erfolg in Genf errungen, bestätigt ihm der Hauptschwadronör der demokratischen Kretins, Hellmuth von Gerlach. Der Mann, der bezüglich des bornierten Vorbeiredens an den Dingen immer die erste Geige spielt, plärrt in seiner „Welt am Montag":

„Das Endergebnis von Genf ist ein unbestreitbarer Erfolg für Curtius und damit für Deutschland. Ein Erfolg gerade deshalb, weil er sich nicht etwa in dem Gewande eines persönlichen Sieges des deutschen über den polnischen Außenminister darstellt oder gar die Form einer Demütigung Polens angenommen hat. **Nein, es handelt sich einfach um einen Sieg des Rechtsgedankens,** der in diesem Fall zusammenfällt mit der Abstellung der Beschwerden der deutschen Minderheit in Polen. — —

Der 24. Januar 1931 ist ein stolzer Tag in der Geschichte des Völkerbundes. Der Fundamentalsatz des Pazifismus „Recht soll vor Gewalt gehen!" hat sich in voller Reinheit durchgesetzt. Einmütig haben sich alle Glieder des Völkerbundsrats nicht nur in der Theorie dazu bekannt, sondern, worauf es in der Politik allein ankommt, sie haben die praktischen Folgerungen aus diesem Grundsatz gezogen. Die übernationale Einrichtung des Völkerbundes hat sich schützend vor die gekränkten nationalen Rechte einer Minderheit gestellt. — —

Der Geist von Genf hat gesiegt. Curtius fährt als der glückliche Exponent dieses Geistes nach Berlin zurück. Er hat nicht mit der Faust auf den Tisch geschlagen. Er hat das Gegenteil von dem getan, was die außenpolitischen Banausen des Stahlhelms und Hakenkreuzes zu predigen pflegen. Er hat sich auf internationalem Boden international eingestellt und gerade darum die „nationalen Belange" erfolgreich wahrgenommen. Weil er die großen Worte und vor allem die Drohungen vermied, hat er **Deutschlands Weltstellung stark befestigt.**

Jetzt auf den Sturz von Curtius hinzuarbeiten, wäre ein politisches Verbrechen."

Die Hunderte vergewaltigter Frauen in Polen, die kastrierten, zu Krüppeln gefolterten Arbeiter und Bauern werden aufatmen über den „Sieg des Rechtsgedankens". Die noch in den Kerkern Schmachtenden werden vor „Genugtuung" die Peitsche nicht mehr spüren, die auf sie niedersaust, weil die Blutsauger in Genf zu einer „Verständigung" darüber gelangten, wie man sie am besten verhöhnt, indem das „Europakomitee" ein „Friedensmanifest" vorlegte, daß von England, Deutschland, Italien und Frankreich unterzeichnet wurde. Die Unterzeichnung des Bündnisvertrages der europäischen kapitalistischen Staaten, die gezwungen sind, wollen sie ihre Herrschaft retten, Millionen umzubringen. Da lacht einem Erzpazifisten und Oberdemokraten das Herz im Leibe, und alle lachen mit . . .

Aus dem weiteren Inhalt:

Arbeiterklasse und Bürgerkrieg.
Franz Mehring (zu seinem Todestage am 29. Januar).
Arbeitslosigkeit und Doppelverdiener.
Sozialfaschistische Demagogie.
Diktatur über Berlin.

•

Das ist noch nicht alles des „Erfreulichen", was sich ereignet hat. In Zürich tagte die gemeinsame Kommission des internationalen Gewerkschaftsbundes und der „Sozialistischen Arbeiterinternationale", deren tiefsinnige ökonomische Analyse zu der Feststellung kommt, daß das kapitalistische System durch den Widerspruch von Produktion und Absatz in eine schwere Krise gestürzt ist. Sie schlagen vor, die „Konsumkraft" zu erhöhen, indem man die Löhne erhöht. Dabei bleibt es den einzelnen Sektionen natürlich überlassen, „gemäß den Bedingungen ihres Landes" zu handeln, und das „kleinere Uebel" zu wählen, den Lohnabbau. Keiner von den dort versammelten „bewährten Führern" hat gegen die Praxis der deutschen Gewerkschaften ein Wort gesagt, und von England kommt die Nachricht, daß Macdonald den englischen Industriellen zu gleicher Zeit einen großzügigen Lohnabbauplan vorlegte. Aber die „vereinigte Kommission" fordert noch mehr. Man muß das wörtlich genießen:

„Sie fordert die tatkräftige Unterstützung der Anstrengungen der Arbeiter Indiens, Chinas, der Kolonialländer um **die Hebung ihrer überaus niedrigen Lebenshaltung;** aber auch, da die nationale Befreiung sich als eine Voraussetzung der Entfesselung der wirtschaftlichen und sozialen Kräfte erwiesen hat, **die Unterstützung der nationalen Befreiungskämpfe dieser Völker.**"

Nun werden die massakrierten indischen Arbeiter über die Fliegerbomben lachen, die ihnen Macdonald schickt, und die ihnen die Leiber in Fetzen reißen, lachen. Die „Unterstützung" der „internationalen Kommission des ADGB. und der 2. Internationale" wiegt das wieder auf.

•

Ueber so viel Niederträchtigkeit, politische Prostitution und Ignoranz ist schwer ein Kommentar zu schreiben. Es ist ja nicht so, daß die Proletarier das etwa nicht lesen; diese „Politik" wirkt sich ja täglich praktisch an ihnen aus, grauenhaft genug! Daß diese „Helden" der Zeit jedoch eine derart lächerliche Rolle — trotzalledem — spielen, ist ein Zeichen dafür, wie weit ihre blechernen Phrasen von der brutalen Wirklichkeit täglich und stündlich zerfetzt werden. Sie stehen hilflos im Chaos und können nur noch so lange ihre traurige Pflicht, die Massen von einem ernsthaften Kampf abzuhalten, erfüllen, so lange die Millionen Ueberflüssiger freiwillig verhungern, und so lange die noch in der Tretmühle Schmachtenden ihren verhungernden Klassengenossen die Solidarität versagen. Aber selbst die größte Hundedemut wird an dem Gang der Ereignisse nichts ändern. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß wir erst am Anfang der Katastrophe stehen. Die Weltgeschichte schreibt mit verbleichten Proletarierknochen die Alternative: Kommunismus oder Untergang!

Rund 5 Millionen erreicht!

Die Katastrophe am Arbeitsmarkt.

Rapides Ansteigen der Zahl der Ueberflüssigen — in diesem Zeichen steht der alle 14 Tage erscheinende Bericht der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung.

Am 1. Januar wurden 4 357 000 Arbeitsuchende gezählt. Am 15. Januar ergab sich eine Steigerung von über 400 000, auf

4 765 000 Arbeitsuchende.

Aus Mitteln der Arbeitslosenversicherung wurden 2 396 000, und aus der Krisenfürsorge rund 739 000 unterstützt. Ueber 1,5 Millionen sind also abhängig von der sogenannten Wohlfahrtsfürsorge oder — erhalten überhaupt keine Unterstützung.

„Völker Europas, wahrt Eure heiligsten Güter"

Die imperialistischen Staaten haben es für notwendig gehalten, der Welt kund zu tun und wissen zu lassen, daß ihr einziger Gedanke und ihr einziger Wunsch die Sicherung des Friedens in Europa ist. Auf Vorschlag von England, Deutschland, Italien und Frankreich nahm die Europakommission ein Manifest an die Völker Europas an. Dieses Manifest geht davon aus, daß die bestehende wirtschaftliche Krise zu einem verstärkten Nationalismus und zu einer Kriegsgefahr geführt habe. Die Möglichkeit eines internationalen Krieges wurde überall erörtert und habe das Vertrauen zum wirtschaftlichen Aufbau gestört. Demgegenüber betonten die Außenminister als verantwortliche Vertreter der europäischen Staaten, daß sie „mehr als je entschlossen seien, sich des Organs des Völkerbundes zu bedienen, um jede Anwendung von Gewalt zu verhindern".

Diese feierliche Versicherung der Bourgeoisie der führenden imperialistischen Staaten dient lediglich der Verschleierung der bestehenden Gegensätze. Die Staaten sind sich vollkommen darüber klar, daß gerade die jetzige Situation direkt auf eine kriegerische Auseinandersetzung drängt. Je stärker die Krise die Fundamente untergräbt, auf denen noch die kapitalistische Wirtschaft steht, um so zwingender ist für sie die Notwendigkeit, den bisherigen wirtschaftlichen Rahmen zu sprengen und die Bindungen an den bestehenden Status gewaltsam zu lösen. Dies gilt besonders für die Staaten, welche bei der Neuverteilung zu kurz weggekommen sind. Die wirtschaftliche Krise macht für sie diese Lasten noch viel drückender und zwar in einem solchen Maße, daß der Kriegszustand geradezu als Ergebnis der Aufbürdung dieser Lasten gewertet wird. Die herrschende Klasse unterstützt und steigert bewußt diese Tendenzen, die auf eine außenpolitische Lösung der inneren Krise hinzielen. Infolgedessen feiert ein bis zur Siedehitze getriebener Nationalismus außerordentlich Triumphe.

In Erkenntnis dieser Situation hat sich das europäische Kapital veranlaßt gesehen, vor aller Welt ein Manifest gegen Kriegslärm und Wirtschaftsstörung zu erlassen. Der Pazifismus als die offizielle Religion des europäischen Imperialismus wird noch einmal verkündet. Gleichzeitig findet eine Sitzung der vorbereitenden Abrüstungskommission statt, aus der sich ergibt, daß in der Praxis das europäische Kapital gar nicht daran denkt, die Rüstungen einzuschränken, um so seinen Friedenswillen zu bekunden. Der Ausschuß hat 5 Jahre gearbeitet, ohne daß er irgend etwas Greifbares zustande gebracht hat. Seine Arbeit ist von einer vorbildlichen Langsamkeit gewesen. In diesen 5 Jahren hat man sich lediglich darum gestritten, ob die Sicherheit der Abrüstung voranzugehen habe oder die Abrüstung der Sicherheit. Eine Einigung ist in dieser Beziehung noch nicht zustande gekommen. Die an der Sicherheit besonders interessierten Staaten wie Frankreich haben sich gesträubt, mehr als rein technische Zugeständnisse zu machen. Diese Zugeständnisse waren in der Praxis dazu bestimmt, den Staaten, welche in der Rüstung einen Vorsprung hatten, diesen Vorsprung zu garantieren. Dagegen ist nichts festgelegt bezüglich des Ausbaues der Schlichtung durch internationale Instanzen. Es ist dies auch keineswegs verwunderlich, weil das einzelne nationale Kapital gar kein praktisches Interesse an einer Schlichtung hat. Der Kampf geht vielmehr lediglich darum, ob sich durch internationale Abmachungen ein Vorteil für die eigene Rüstungsposition herausholen läßt. Daraus erklärt es sich auch, daß der Ausschuß 5 Jahre gebraucht hat, um nichts zu erreichen. Innerhalb des vorbereitenden Ausschusses nahm insbesonders Deutschland und Italien eine Sonderstellung ein. Beide Staaten haben nicht die Möglichkeit zu einer Steigerung der Rüstung. In Deutschland liegt dies an der Bindung durch den Versailler Vertrag. Eine bewußte und offene Ueberschreitung würde zu einem Zusammenschluß der an den bisherigen Status interessierenden Staaten zur Folge führen. Das italienische Kapital ist zwar durch keine internationalen Abmachungen an einer Aufrüstung verhindert, es ist aber lediglich nicht in der Lage, seine Rüstungsmaschinerie so zu steigern, daß sie gegenüber dem französischen Kapital, das es als seinen Gegner betrachtet, von effektiver Wirkung sein könnte. Es kann also sein Ziel genau so wie das deutsche Kapital nur dadurch erreichen, daß es auf eine Abrüstung der anderen Staaten drängt. Auf Grund dieses Standpunktes haben sowohl Curtius als auch Grandi sich für eine wirtschaftliche Inangriffnahme der Abrüstung eingesetzt. Ausgerechnet der